

Chancen und Herausforderungen südosteuropäischer Zuwanderung



# Chancen und Herausforderungen südosteuropäischer Zuwanderung

Erkenntnisse aus den Erfahrungen der sieben Pilotkommunen

Dokumentation der Fachtagung  
Köln, 28.09.2015

**Veranstalter:**

Stadt Köln in Kooperation mit den Pilotkommunen Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Wuppertal, der G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH sowie den Trägern vor Ort.



Stadt Dortmund  
Sozialdezernat



**Veranstaltungsort:**

FORUM Volkshochschule im Kulturquartier (Rautenstrauch-Joest-Museum)



## Inhaltsverzeichnis

Inhalt	Seite
Vorwort . . . . .	4
Ziel der Fachtagung . . . . .	6
Ablauf der Fachtagung . . . . .	8
Grußwort der ersten Bürgermeisterin der Stadt Köln Elfi Scho-Antwerpes . . . . .	9
Grußwort des Leiters der Abteilung Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS) Anton Rütten . . . . .	14
Input Ehsan Vallizadeh, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) . . . . .	22
Input Dr. Georg Worthmann Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.) sowie Christiane Certa und Inka Schroer, Vertreterinnen der Städte Dortmund und Hamm . . . . .	46
Workshops . . . . .	56
Podiumsdiskussion . . . . .	65
Verabschiedung durch die Leiterin der Punktdienststelle Diversity Nina Rehberg . . . . .	70
Kurzvorstellung der jeweiligen Projekte der Pilotkommunen . . . . .	72
Pressemitteilungen . . . . .	93
Ansprechpartnerinnen . . . . .	98
Impressum . . . . .	99



## Vorwort

Am 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen worden. Bereits zu diesem Zeitpunkt war bekannt, dass die Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse vieler Menschen in diesen Ländern äußerst prekär sind. Viele Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus diesen Ländern versuchen seit dieser Zeit, ihre schlechte ökonomische und soziale Situation durch Erwerbstätigkeiten in anderen europäischen Ländern zu verbessern.

Durch den Eintritt der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Januar 2014 ist es den Menschen aus Rumänien und Bulgarien ohne jede Einschränkung möglich, in Deutschland Arbeit zu suchen. Deutschland stellt ein attraktives Zuwanderungsziel dar. Menschen mit einer guten schulischen Bildung und einer guten beruflichen Qualifizierung finden sich auf dem Arbeitsmarkt gut zurecht und können sich eigenständig in die neue Lebenssituation einfügen. Die aktuelle Zuwanderungssituation weist aber auch eine große Anzahl von Menschen auf, die in ihren Herkunftsländern bereits großer Not ausgesetzt waren, häufig ohne Zugang zu Bildung, adäquat bezahlter Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und menschenwürdigen Wohnbedingungen. Zur Verbesserung der Integrationschancen am Arbeitsmarkt benötigt die Zielgruppe zusätzliche Unterstützungsangebote im Rahmen der Modellprojektförderung. Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) hat daher für die zu Beginn des Jahres 2014 besonders von Zuwanderung aus Südosteuropa betroffenen Kommunen Fördermittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) bereitgestellt. Dieses ESF-kofinanzierte Vorhaben für Armutszugewanderte ermöglicht, dass für die Zielgruppe der Zugewanderten aus Südosteuropa Wege und Lösungen zur Heranführung an und Integration in den Arbeitsmarkt geschaffen und identifiziert werden. Die Projektlaufzeit endet zum 31.12.2015.

In den vergangenen Jahren ist die Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und – Bürgern, insbesondere aus Südosteuropa, kontinuierlich angestiegen. Dies ist für die Städte und Kreise mit einem hohen Zuwanderungsanteil von Menschen aus Südosteuropa Chance und Herausforderung zugleich: Eine Chance ist sie angesichts des bereits bestehenden und zukünftig zunehmenden demographischen Wandels und des Fachkräftebedarfs.

Eine Herausforderung ist es, die erfolgreiche Integration der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, vor allem von Menschen mit geringen Bildungsvoraussetzungen, von marginalisierten Gruppen, aber auch die Integration von Menschen mit beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen, frei von Arbeitsausbeutung und in Arbeitsverhältnisse, die ihren Kompetenzen entsprechen.

Die Städte Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Köln und Wuppertal haben von der Möglichkeit des Landes Gebrauch gemacht und ESF-kofinanzierte Vorhaben für Armutzugewanderte geschaffen und entsprechende Fördermittel ab 01.01.2014 erhalten. Die Projektlaufzeit endet zum 31.12.2015. Die fachliche Begleitung und das Monitoring dieser „Pilotstädte“ erfolgt durch die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.). Ein regelmäßiger Austausch aller Beteiligten findet statt. Dabei ist im Frühjahr 2015 die Idee entstanden, eine gemeinsame Fachtagung der Pilotkommunen durchzuführen. Diese fand am 28.09.2015 in Köln im Rautenstrauch-Joest-Museum statt.

#### **Diese Fachtagung verfolgte folgende Hauptziele:**

- Präsentation der Erkenntnisse und Erfahrungen der sieben Pilotkommunen
- Austauschforum für die beteiligten Kommunen
- Ergebnistransfer der Projekte auf Landesebene
- Formulierung von Handlungsempfehlungen über das Projektende hinaus



## Ziel der Fachtagung

Um die vorgenannten Ziele der Fachtagung zu erreichen, wurde als „roter Faden“ der Bogen von der bundesweiten Situation, wie sie sich in den Statistiken zeigt, hin zu den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort gespannt. Die bundesweiten Zahlen präsentierte Ehsan Vallizadeh, Mitarbeiter des IAB. Viele Menschen nehmen an den Projekten teil, werden aber in den Bundesstatistiken nicht erfasst, so dass die gezeigte Statistik nicht die Realität widerspiegelt.

Nach der Einführung in das Thema mit Daten und Fakten aus Bundessicht erfolgte im nächsten Schritt der Input der G.I.B. mit der Präsentation der Monitoringergebnisse, anschaulich untermauert durch Schilderungen aus der Praxis der Pilotkommunen Dortmund und Hamm. Während der gesamten Projektlaufzeit wurden durch die G.I.B. mittels eines speziell entwickelten Monitoringbogens die Daten der Pilotkommunen ausgewertet. Durch diese Ergebnispräsentation wurde die Situation in NRW aufgezeigt, speziell in den Pilotstädten.

Am Nachmittag der Fachtagung fanden vier Workshops als Ergebnistransfer aus den Projekten der Pilotstädte Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln und Wuppertal zu folgenden Themen statt:

- **Workshop 1:** Aufsuchende Hilfe / Kontaktaufbau
- **Workshop 2:** Bedeutung von Kompetenzfeststellung, Beratung in den Arbeitsmarkt
- **Workshop 3:** Sprach- und Alphabetisierungskurse mit Erwerbsweltbezug
- **Workshop 4:** EU-Zuwanderung als gesamtstädtische Aufgabe

Im Rahmen der Workshops haben die Vertretungen aus den Pilotkommunen Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln und Wuppertal ihre Erfahrungen und Ergebnisse zu den genannten Themen mit den Teilnehmenden der Workshops intensiv diskutiert. Gemeinsam wurden zentrale Aussagen zu erfolgreichen Strategien sowie erforderliche Handlungsbedarfe bezogen auf die Förderschwerpunkte erarbeitet.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion wurden Aussagen aus den Workshops aufgegriffen mit dem Ausblick in die Zukunft, dabei auch im Blick, dass die Zuwanderung aus Südosteuropa auch in anderen Kommunen Nordrhein-Westfalens gestiegen ist.



## Ablauf der Fachtagung

Durch die Veranstaltung führte Prof. Dr. Frank Überall, Medien- und Politikwissenschaftler.



Der Oberbürgermeister



### Agenda

Moderation Prof. Dr. Frank Überall

10:00	Grußworte
10:45	Impulsreferat 1
11:30	Impulsreferat 2
12:15	Mittagspause
13:15	Beginn der Workshops
14:45	Pause
15:00	Talkrunde
15:45	Schluss der Veranstaltung

## Grußwort der ersten Bürgermeisterin der Stadt Köln Elfi Scho-Antwerpes

Rede der Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes anlässlich der Fachtagung „Chancen und Herausforderungen südosteuropäischer Zuwanderung“ am Montag, 28. September 2015

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrter Herr Rütten,  
Sehr geehrter Herr Vallizadeh,  
Sehr geehrter Herr Dr. Worthmann,  
Sehr geehrter Herr Prof. Überall,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Stadt Köln, im Namen von Herrn Oberbürgermeister Roters – aber auch persönlich – begrüße ich Sie ganz herzlich zur Tagung „Chancen und Herausforderungen südosteuropäischer Zuwanderung“.

Ich freue mich sehr, dass Sie zu dieser Fachtagung nach Köln gekommen sind. In eine Stadt, die seit jeher auch international orientiert ist. Und das kommt nicht von ungefähr, sondern hat eine ihrer Ursachen bestimmt auch in der Stadtgründung selbst.

Wie hieß es vor einigen Jahre treffend auf einem Plakat des Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: „Die ersten Kölner waren Ausländer!“

In der Tat: Ohne die Römer wäre Köln nicht denkbar.



Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes

Damit nicht genug: Fast über die gesamte Stadtgeschichte hinweg wurde Kölns Entwicklung maßgeblich beeinflusst durch Menschen aus aller Herren Länder. Denn seit jeher ist unsere Stadt ein zentraler Verkehrsknotenpunkt im Herzen Nordwesteuropas.

Im Laufe der Jahrhunderte sind Armeen und Flüchtlingsströme, Kaufleute, Händler und Wallfahrer vieler verschiedener Völker durch das Rheinland gezogen. Sie alle hinterließen unübersehbare Spuren; nicht wenige haben hier eine neue Heimat gefunden.

Und so kommt es nicht von ungefähr, dass der Menschenschlag, der hier lebt, aus einer bunten Mischung hervorgegangen ist.

Heute sind es Türken, Italiener, Spanier und andere Nationen, die ihren Teil zur Mischung beitragen.

Zurzeit leben rund 187.000 Menschen ohne deutschen Pass in unserer Stadt; das sind 17,7 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Gerade auch das macht den Reiz unserer Stadt aus.

Vielfalt ist unsere Stärke.



Bei uns ist es normal, verschieden zu sein. Diese historisch gewachsene Mischung erklärt auch die Mentalität der Kölner – ihre Gastfreundlichkeit und ihre Weltoffenheit, die sich ausdrückt in der urkölschen Philosophie: „Jeder Jeck is anders.“

Wir befinden uns hier im Kulturquartier am Neumarkt, einem äußerst interessanten Museumskomplex, der zugleich auch für die Internationalität unserer Stadt steht. Das hier beheimatete Rautenstrauch-Joest-Museum nimmt bis heute eine Sonderstellung ein: Als einzige öffentliche Institution seiner Art widmet es sich seit nunmehr über 100 Jahren mit einem breit gefächerten Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm der Vermittlung von Aspekten außereuropäischer Geschichte, Kultur und Kunst.

Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass nur die Kenntnis von anderen Kulturen und das Wissen über andere Lebensentwürfe das gegenseitige Verständnis fördern, die Wertschätzung und Toleranz zwischen Menschen auch in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Arbeit mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen prägt Ihren Berufsalltag, meine Damen und Herren!

Die Städte Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Wuppertal haben ebenso wie Köln inzwischen fast zwei Jahre Erfahrung mit dem Thema südosteuropäischer Zuwanderung.

Da gilt es eine Zwischenbilanz zu ziehen und sich auszutauschen.

Deshalb haben die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen der sieben genannten Städte gemeinsam mit der „Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung“ zu dieser Fachtagung eingeladen.

Zum einen geht es darum, Ihnen, Herr Rütten, als Vertreter des Fachministeriums die Erfahrungen und Erkenntnisse der vergangenen anderthalb Jahre darzulegen. Und zum anderen sollen gemeinsam Handlungsperspektiven



für die weitere fachliche Arbeit in den kommenden Jahren entwickelt werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen interessanten, informativen und fruchtbaren Austausch.

Ohne Ihren Beratungen vorgreifen zu wollen, bin ich zuversichtlich, dass diese Tagung Impulse für die Zukunft geben und somit zur Weiterentwicklung des gemeinsamen Miteinanders beitragen kann.

Für mich ist klar: Der Dialog miteinander, die Beteiligung und Mitwirkung an der gesellschaftlichen Entwicklung sind unverzichtbarer Bestandteil des friedlichen Zusammenlebens.

Fakt ist: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

In Großstädten wie Köln beträgt der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beinahe 40 Prozent, bei den bis 18-jährigen sind es mehr als 50 Prozent. Die Integration von Zugewanderten in die Aufnahmegesellschaft ist in einigen Bereichen immer noch unzureichend.





Diese Herausforderungen konstruktiv anzunehmen, bekommt angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels eine besondere Bedeutung.

Auch und gerade mit Blick auf die Zukunft und Weiterentwicklung unserer Städte.

In diesem Sinne verstehe ich auch den Titel dieser Tagung:

„Chancen und Herausforderungen südosteuropäischer Zuwanderung.“

Dazu wird Ihnen Herr Vallizadeh vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Laufe des Vormittages Wissenswertes und Interessantes vortragen.

Ich wünsche Ihnen viele neue Erkenntnisse, einen anregenden Austausch sowie der Veranstaltung einen guten Verlauf und viel Erfolg!

## **Grußwort des Leiters der Abteilung Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen Anton Rütten**

anlässlich der Tagung „Chancen und Herausforderungen südosteuropäischer  
Zuwanderung“ am 28. September 2015 in Köln

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dank für die Einladung.  
Immer schön, in Köln zu sein.

Grüße des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales Guntram Schneider

In diesen Tagen, Wochen und Monaten wird in einem Maße und in einer  
Intensität über Einwanderung gesprochen, wie wir das schon seit vielen  
Jahren nicht mehr kennen.

Erinnern Sie sich zurück, 2010 Landtagswahl, 2012 Landtagswahl in NRW,  
2013 Bundestagswahl.

Bei keiner dieser großen Wahlkampagnen haben Fragen der Migration und  
der Integration eine größere Rolle gespielt. Ganz anders als wir das noch von  
den 90er Jahren und vom Beginn dieses Jahrtausends kennen.

Das wäre sicherlich ganz anders, wenn wir in der nächsten Zeit eine Land-  
tags- oder Bundestagswahl hätten. Einwanderung, Flucht, Grenzen der  
Belastung – das wären sicherlich Themen eines aktuellen Wahlkampfes.

Aber auch: Fachkräftemangel, demografischer Wandel, Chancen der Einwan-  
derung und das wunderbare Engagement der Zivilgesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da war noch eine andere bundesweite Wahl vor rund einem Jahr. Eine Wahl, bei der Einwanderungspolitik schon eine gewisse Rolle gespielt hat.

Das war die Europawahl, die am 25. Mai 2014 stattgefunden hat. Und im Vorfeld dieser Wahl ging es, nicht in erster Linie, aber auch – um Fragen der Einwanderung und der Integration.

Es ging seinerzeit tatsächlich um die befürchteten oder erhofften Folgen der vollen Freizügigkeit für Menschen aus Bulgarien und Rumänien.

Hätten wir demnächst Wahlen: Das Thema Einwanderung würde wie gesagt, eine erhebliche Rolle spielen. Es würde dabei in erster Linie um Flüchtlinge gehen.

Aber: Nicht flächendeckend, doch in vielen Städten und in vielen Stadtteilen würde es auch darum gehen, ob uns die Aufnahme und die Eingliederung von Menschen aus Südosteuropa gelingt, ob sie uns in den letzten Jahren so gelungen ist, wie wir uns das gemeinsam vorgenommen haben.

Deshalb ist es gut, dass wir in diesen Tagen nicht nur das Thema Flucht diskutieren, sondern auch das Thema Wanderung innerhalb der EU und die Folgen der Arbeitnehmermobilität.

Es ist gut und richtig, dass es eine Kontinuität der fachlichen Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen hinsichtlich dieser Zuwanderung aus Südosteuropa und ihrer mehr oder weniger erfolgreichen Eingliederung gibt.



Anton Rütten, Leiters der Abteilung Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen





Das Thema ist nach wie vor wichtig,

- für die Menschen die zu uns kommen.
- für die Kommunen, die erhebliche Anstrengungen für die erfolgreiche Integration unternehmen.
- und insgesamt für das integrationspolitische Klima und die weiteren Grundlagen für ein Zusammenleben in Vielfalt, das von gegenseitigem Respekt getragen ist.

Deshalb gebührt Ihnen, als den Vertreterinnen und Vertretern der sieben Pilotkommunen und der G.I.B. der herzliche Dank unseres Ministeriums (Abteilung Integration und der Abteilung Arbeitsmarkt) dafür, dass Sie den Erfahrungsaustausch miteinander pflegen und damit das Thema weiterhin fachlich vorantreiben, es mit Erkenntnissen fundieren, die an die Stelle von Vermutungen treten und somit einer angemessenen, kontinuierlichen politischen Behandlung auf der Ebene Ihrer Städte, unseres Landes und auch des Bundes zuführen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die innereuropäische Einwanderung aus Südosteuropa, aus Rumänien und aus Bulgarien, mag zwar in den aktuellen Debatten keine primäre Rolle spielen, sie findet aber weiterhin statt. Sie ist nach wie vor beachtlich.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 sind rund 5.500 Bulgarinnen und Bulgaren und rund 13.000 Menschen aus Rumänien eingewandert. Gemessen an den aktuellen Flüchtlingszahlen, mag das wenig klingen. Unter dem Gesichtspunkt, dass diese Zuwanderung in der Regel nicht in die gesamte Fläche des Landes geht, sondern schwerpunktmäßig bestimmte Städte und Stadtteile betrifft, ist die Größenordnung aber alles andere als zu vernachlässigen.

Insgesamt lebten Ende Juli gut 125.000 Bulgaren und Rumänen in unserem Lande. Nimmt man diese beiden Bevölkerungsgruppen zusammen, so bilden sie derzeit die viertgrößte Herkunftsgruppe der hier lebenden Menschen mit ausländischem Pass – nach den Menschen aus der Türkei, aus Polen und aus Italien. Aber vor klassischen Einwanderungsgruppen wie den Griechen oder Spaniern.

Trotz dieser Dimension wissen wir heute auch, dass die Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Januar 2014 nicht zu den explosionsartigen Zunahmen geführt hat, die von manchen prognostiziert worden waren. Die Städte sind nicht, jedenfalls nicht als Folge der Arbeitnehmerfreizügigkeit, mit schlagartig exponentiell steigenden Einwanderungszahlen konfrontiert worden.

Allerdings haben sich zwischen Städten, innerhalb von Regionen Verschiebungen ergeben. Und Städte, die vor drei Jahren noch nicht als besonders betroffen anzusehen waren, melden zwischenzeitlich auch Unterstützungsbedarf.

Die Zahlen an sich sagen wenig. Sie werden erst aussagekräftig, wenn wir etwas darüber erfahren, was die von den Einwanderern angestrebte und von der Gesellschaft gewünschte Eingliederung in Bildung und Beschäftigung anbetrifft.



Und dazu werden wir ja heute etwas aus fachkundigem Munde von Herrn Vallizadeh erfahren.

Ohne etwas vorwegnehmen zu wollen: Wir wissen darum, dass die bundesweiten Daten vieles widerlegen, was vor zwei bis drei Jahren prognostiziert worden ist. Andererseits aber müssen wir auch feststellen, dass dieser Gesamtbefund für manche Städte, Stadtteile, Quartiere nicht uneingeschränkt zutrifft.

Deshalb wird auch weiterhin etwas gemeinsam zu tun sein. Und deshalb ist es richtig, dass Sie, dass wir gemeinsam genau schauen, welche Wirkungen wir mit welchen gemeinsam getragenen Handlungsansätzen erzielt haben.

Nur so lässt sich klären, was und mit welcher Zielrichtung an welchen Standorten künftig weiter gemeinsam zu betreiben ist.

Unser gemeinsamer Ausgangspunkt war folgender:

Im Jahre 2013 hat das Kabinett unter Leitung der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine Interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, um die besonders von der Neuzuwanderung aus Südosteuropa betroffenen Kommunen bei ihrer Integrationsaufgabe zu unterstützen. Unter der gemeinsamen Leitung von MAIS und MIK arbeiteten fast alle Ressorts der Landesregierung in dieser IMAG mit. Nach enger Abstimmung mit den betreffenden Städten wurde dann ein umfassendes Maßnahmenpaket aufgelegt, das unter anderem die folgende Bestandteile hatte:

- Niederschwellige und flexible Bildungsangebote für Kinder unter sechs (MFKJKS)
- Mehr Integrationslehrer (MSW)
- Unterstützung der Kommunen bei vorbeugender Gesundheitshilfe (MGEPA)
- Ordnungspartnerschaften von Polizei und kommunaler Ordnungsbehörden (MIK)
- Maßnahmen zur Verhinderung von Mietwucher u.a. das Wohnungsaufsichtsgesetz (MBWSV)



Kern dieses integrierten Handlungsprogrammes, mit dem alles in allem jährlich rund 10 Mio Euro an die Städte transferiert worden sind, war das Programm, das heute hier im Mittelpunkt steht, das MAIS-ESF-Programm.

Seit Beginn des Jahres 2014 wurden im Rahmen des Maßnahmenpakets die Pilotprojekte in den Städten Duisburg, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Hamm und Wuppertal gefördert.

Im Vorfeld war zwischen Land und den Kommunen im Rahmen der IMAG Neuzuwanderung und später durch die fachliche Begleitung der GIB eine Verständigung über die besonders dringlichen Hilfen für die Neueinwanderer aus den sogenannten EU 2-Staaten erfolgt.

Ich nenne nur einige Stichworte, die diskutiert wurden:

- Aufsuchende Sozialarbeit
- Vermittlung von Deutschkenntnissen
- Mehrsprachige Beratung
- Brückenbauer für die allgemeine soziale Orientierung der Neuankömmlinge

Diese Maßnahmen sollten dem übergeordneten Ziel einer gelingenden Integration im Allgemeinen und einer Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt im Besonderen dienen.

Schließlich waren die Projekte in den Pilotkommunen von den folgenden Kernelementen geprägt:

- Arbeitsweltbezogene Sprachförderung
- Kompetenzfeststellung
- Und beschäftigungsorientierte Qualifizierungsangebote
- Integrationslotsen
- Arbeitsmarktlotsen

Sowie die Unterstützung der Eingewanderten auf ihrem Weg in das Bildungs- und Beschäftigungssystem durch studentische Integrationshelferinnen und -helfer (neu eingerichteter Studiengang an der FH Dortmund).

Mit den Pilotprojekten konnten Zugänge zur Zielgruppe geschaffen und effektive Instrumente entwickelt werden. Dabei hat sich die aufsuchende Arbeit besonders bewährt.



Ein hohes Maß an Flexibilität, die Einbindung von Multiplikatoren aus der Community der Eingewanderten sowie die Einbeziehung von sprachkundigen Helfern ermöglichten und ermöglichen die gezielte Ansprache der Menschen und auch die Schaffung von Vertrauensbeziehungen.

Verlauf, Ergebnisse, Erfolg oder Nichterfolg der Maßnahmen werden heute in den vier Workshops vorgestellt, erörtert und bewertet werden.

Wir sind als Ministerium in den beiden beteiligten Abteilungen sehr an diesen Ergebnissen interessiert. Denn für uns ist klar, dass die Aufgaben in diesem unseren heutigen Themenkomplex noch nicht erledigt sind.

Wir werden aber die Pilotprojekte nicht einfach so weiter fortsetzen. Wir werden sie einerseits fachlich und organisatorisch in den Kontext von Armutsbekämpfung und gezielter Stärkung von Sozialräumen stellen. Stichwort: NRW hält zusammen. Starke Quartiere – starke Menschen.

Und wir werden unter einwanderungs- und integrationspolitischer Perspektive das Thema diskursiv in den größeren Themenkomplex des angemessenen und erfolgreichen Einwanderungsmanagements für Neueinwanderer unabhängig von Rechtsstatus und Herkunft einbetten. Ein Ziel lautet hier sicherlich: Entwicklung eines effektiven Einwanderungsmanagements.

Deshalb sind Ihre Erfahrungen für uns ausgesprochen wichtig. Sie können sicher sein, dass wir sie in unsere Arbeitsprozesse im Ministerium einspeisen und dass sie nicht folgenlos bleiben werden.

Danke an die sieben Städte.

Danke an die G.I.B.

Viel Erfolg für die heutigen Beratungen.



## Input Ehsan Vallizadeh, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Das IAB erforscht seit Jahren den Arbeitsmarkt, um politische Akteure auf allen Ebenen kompetent zu beraten. Damit trägt es im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise des Arbeitsmarkts, der Erwerbschancen und der Lebensbedingungen in einer sich dynamisch verändernden Welt bei.



Ehsan Vallizadeh, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Das IAB wurde 1967 als Forschungseinrichtung der damaligen Bundesanstalt für Arbeit gegründet, ist seit 2004 eine besondere Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit (BA) und hat seinen Sitz in Nürnberg.





Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
Die Fachhochschule der Bundesagentur für Arbeit

## Zuwanderung aus Südosteuropa – Mythen, Fakten und Handlungsempfehlung für die Arbeitsmarktpolitik

### Chancen und Herausforderungen südosteuropäische Zuwanderung – Erkenntnisse aus den Erfahrungen der sieben Pilotkommunen

Stadt Köln

Köln, 28. September 2015

Ehsan Vallizadeh  
IAB – Internationale Vergleiche und Europäische Integration



## Übersicht

- **Wanderungstrends**  
Wanderungsanreize und Migrationsumlenkung
- **Beschäftigungs- und Qualifikationsstruktur**  
Verschlechterung der Qualifikation der Neuzuwanderer
- **Arbeitnehmerfreizügigkeit und Arbeitsmarktpartizipation**  
Starker Anstieg der abhängig Beschäftigten
- **Probleme der Arbeitsmarktintegration**  
Problemkonzentration in wenigen Großstädte, stetig wachsender Leistungsbezug
- **Handlungsempfehlung**

Ehsan Vallizadeh      Zuwanderung aus Südosteuropa      2

## Wanderungsanreize aus Südosteuropa



- Einkommensindikatoren in Prozent des deutschen Niveaus:
  - BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten: 39%
  - Lohnkosten zu Kaufkraftparitäten: 28%
  - Jahresnettolöhne zu Kaufkraftparitäten: 22%
- Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2013 (ILO-Norm)
  - Bulgarien: 13,0 %
  - Rumänien: 7,1%
  - Italien: 12,2%
  - Spanien: 26,1%
  - Griechenland: 27,5%
  - EU-28: 10,8%
  - Deutschland 5,2%

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

## Finanzkrise und Migrationsumlenkung

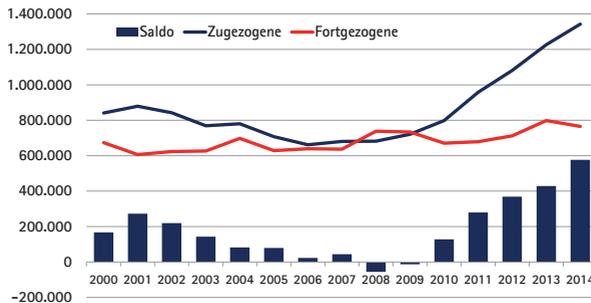


- Zum Jahresende 2012 lebten rund 3 Millionen Bulgaren und Rumänen in anderen EU-Staaten, davon 2,0 Millionen in Italien und Spanien (Deutschland: 324.000)
- Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat eine Umlenkung der Migrationsströme nach Deutschland bewirkt
  - **Direkte Wirkungen:** Moderater Anstieg der Nettomigration aus den südeuropäischen Krisenstaaten (EU-4) auf 83.000 Personen (2013)
  - **Indirekte Wirkungen:** Anstieg der Nettozuwanderung vor allem aus den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-10) auf 185.000 Personen (2013) durch Umlenkung nach Deutschland
- 70% des Anstiegs der Zuwanderung in Deutschland im Jahr 2012 gegenüber dem Vorkrisenjahr 2007 ist auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen in alternativen Zielländern zurückzuführen (Bertoli/Brücker/Fernandez-Huertas Moraga 2013)

### Finanzkrise und Nettozuwanderung

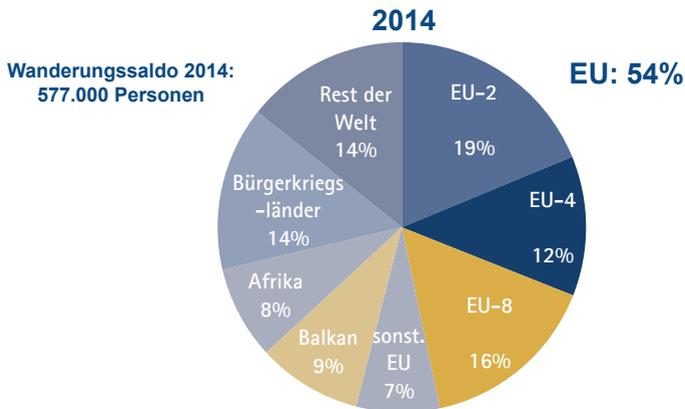


- Insgesamt ist in Deutschland die Nettozuwanderung von **96.000** Personen im Durchschnitt der vergangenen Dekade auf **356.000** Personen zwischen 2010 und 2014 steigen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Vorläufige Wanderungsstatistik 2014, eigene Darstellung.

### Herkunftsländerstruktur



Quellen: Statistisches Bundesamt, Vorläufige Wanderungsstatistik 2014, eigene Berechnungen.

## Arbeitnehmerfreizügigkeit und Bevölkerungsentwicklung von Bulgaren und Rumänen



- In 2014 ist die Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien um 124.000 Personen auf insgesamt 540.000 Personen und damit um 30 Prozent gestiegen.
- In den ersten acht Monaten 2015 ist die Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien um gut 100.000 Personen auf insgesamt 640.000 Personen gestiegen.
- Bis Jahresende 2015 ist ein Bevölkerungswachstum von insgesamt 130.000 bis 150.000 Personen zu erwarten.

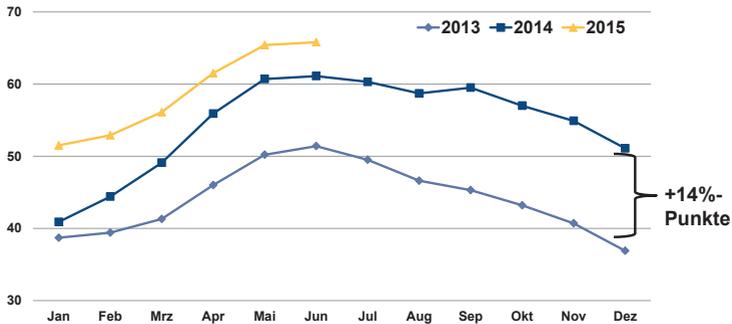


## Arbeitnehmerfreizügigkeit und Arbeitsmarktentwicklung

## Beschäftigungsquote der Bulgaren und Rumänen vor und nach der Freizügigkeit



Vergleich der Beschäftigungsquoten, 2013, 2014 und 1. Hbj. 2015



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen.

Ehsan Vallizadeh

Zuwanderung aus Südosteuropa

9

## Arbeitnehmerfreizügigkeit und Beschäftigungsentwicklung von Bulgaren und Rumänen



- „Job-Motor“ Arbeitnehmerfreizügigkeit
  - Freizügigkeit 2011 (EU-8): Anstieg der Beschäftigungsquote um **10 Prozentpunkte**
  - Freizügigkeit 2014 (BU+RU): Anstieg der Beschäftigungsquote um **14 Prozentpunkte**
- **Abhängige Beschäftigung** stieg um gut 100.000 Personen auf insgesamt 235.500 Personen im Dez 2014 gestiegen (+ 77%)
- In Dezember 2014 waren **über zwei Drittel** der **Bulgaren und Rumänen erwerbstätig**
  - von den 235.000 abhängig Beschäftigten waren **85 % sozialvers. beschäftigt**
  - die **Beschäftigungsquote** belief sich auf **54%**
  - Anteil der **Selbständige**, nicht abgabepflichtige **Saisonarbeitskräfte** und **entsendete Arbeitnehmer** liegt zwischen **15 – 20%**
  - Die geschätzte **Erwerbsquote** von **66 bis 71%**
- **Arbeitslosenquote** von BU+RU im Dez 2014 mit **10,8%** geringer als Vorjahreswert und als im Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung (**15%**)
  - EU-8: 11,0%, EU-4: 11,4%

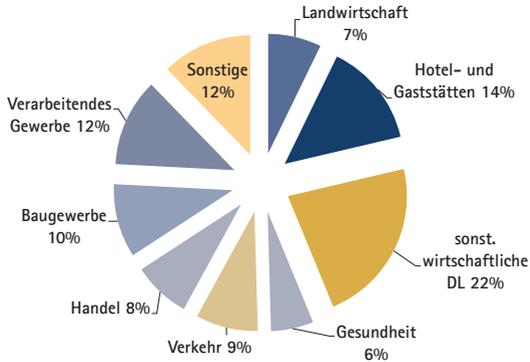
Ehsan Vallizadeh

Zuwanderung aus Südosteuropa

10

## Beschäftigungsstruktur von Bulgaren und Rumänen

Anteile der Wirtschaftszweige an den abhängig Beschäftigten, März 2015

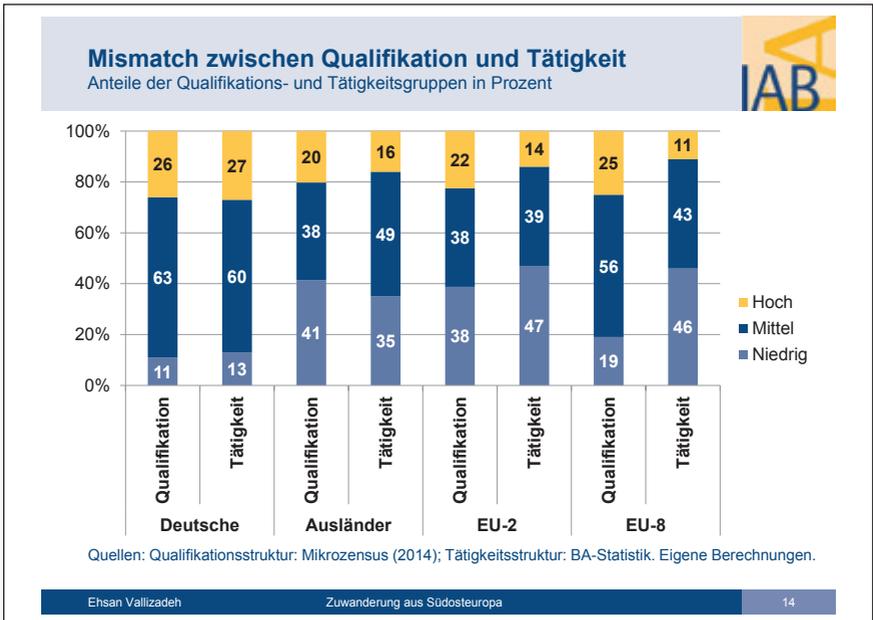
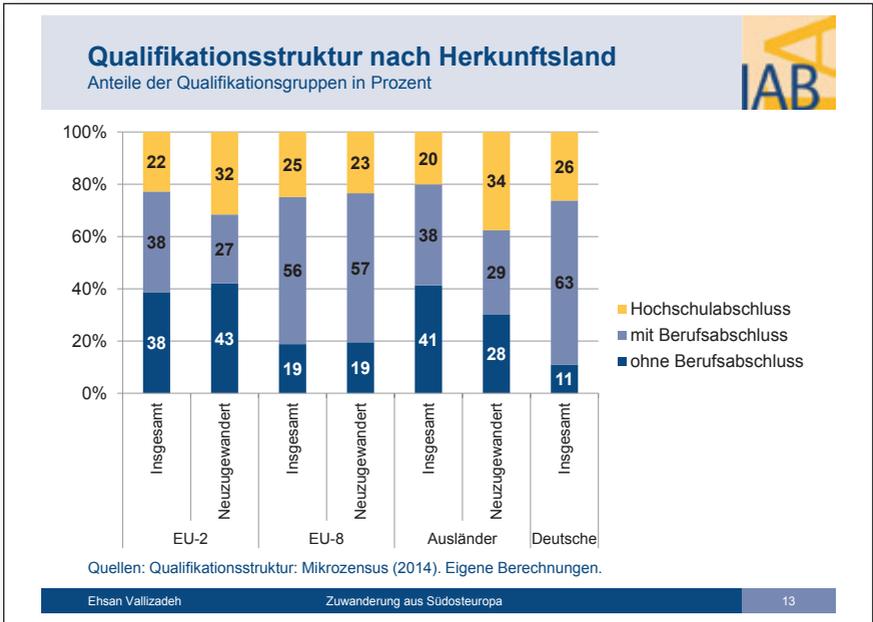


Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

## Qualifikationsstruktur der Bulgaren und Rumänen in Deutschland



- Die **durchschnittliche Qualifikation** der in Deutschland lebenden **Bulgaren und Rumänen** ist seit 2005 deutlich **gesunken**
- Der **Rückgang** der **durchschnittlichen Qualifikation** geht einher mit dem Anstieg der Beschäftigung von Bulgaren und Rumänen in **Nischen des Arbeitsmarktes** wie **Saisonarbeit**
- Allerdings ist der **Anteil der Hochschulabsolventen** immer noch **überdurchschnittlich hoch (26 %)**
- Der **Anteil** der seit 2007 zugezogenen Bulgaren und Rumänen in **Bildung und Ausbildung** ist mit **17,6%** ebenfalls überdurchschnittlich **hoch** (Bevölkerungsdurchschnitt: 15,3%)
- Mit der Öffnung des Arbeitsmarktes für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ist mit einem Anstieg des Anteils der mittleren Qualifikationsgruppen unter den Zuwanderern zu rechnen



## Beschäftigung unterhalb des Qualifikationsniveaus führt zu geringen Löhnen

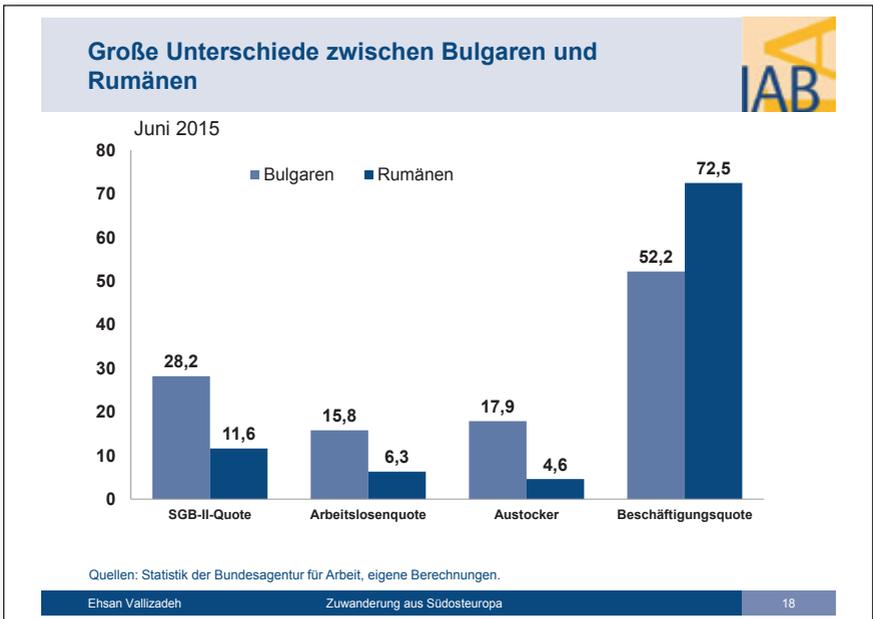
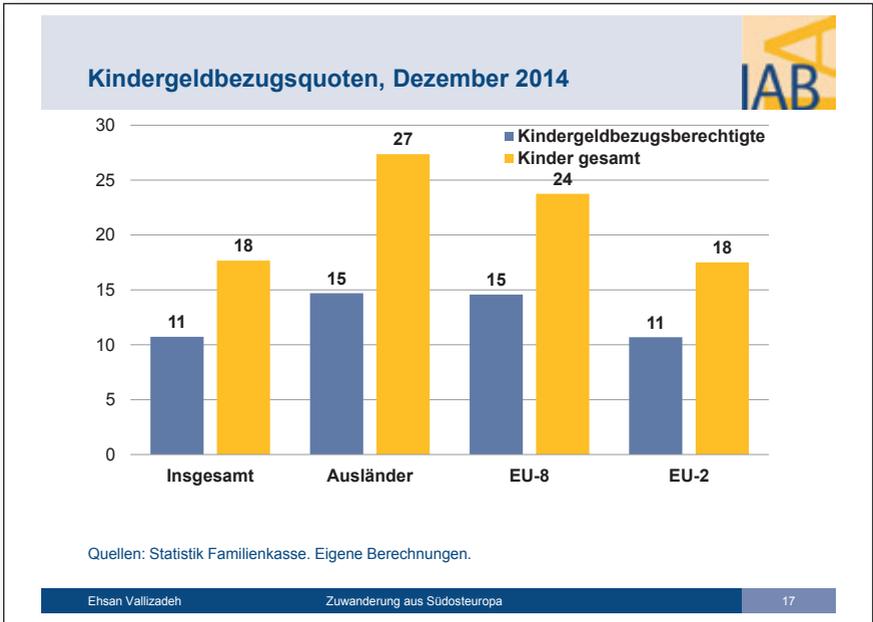


- **Lohngefälle:** Median Lohn der Bruttomonatslöhne 2012/2013
  - Deutsche: 2.920 Euro
  - Ausländer insgesamt: 2.500 Euro
  - EU-8: 1.870 Euro
  - Bulgaren und Rumänen: 1.860 Euro
  
- **Lohnkonvergenz mit Aufenthaltsdauer**
  - Das Lohnniveau liegt zehn Jahre nach dem Zuzug gut 70 Prozent über dem Lohnniveau ein Jahr nach dem Zuzug

## Arbeitnehmerfreizügigkeit und Transferbezug von Bulgaren und Rumänen in Deutschland



- Insgesamt bezogen im Dezember 2014 83.000 Personen aus Bulgarien und Rumänien SGB-II-Leistungen (**+38.000** seit Jahresende 2013)
- Der Anteil der Leistungsempfänger nach dem SGB-II an der Bevölkerung war mit **15,4%** geringer als im Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung (**16%**), jedoch höher als diejenige der EU-8 (**11,3%**) und EU-4 (**11,8%**)
- Seit Jahresende 2013 ist die SGB-II-Quote kontinuierlich gestiegen (**+4,5 %-Punkte**) und hat inzwischen dem Durchschnitt der ausländische Bevölkerung überschritten (SGB-II-Quote im Mai 2015: **EU-2:17%, Ausländer: 16,5%**)
- **Keine Hinweise auf „Leistungsmissbrauch“**
  - Selbstständige mit ergänzenden SGB-II-Leistungen: **2514 Personen**
  - Zum Jahresende 2014 registrierte die polizeiliche Kriminalstatistik **213 Verdachtsfälle** auf „Sozialbetrug“ aus Bulgarien und Rumänien (im Vergleich zu 26.000 Fälle insgesamt)



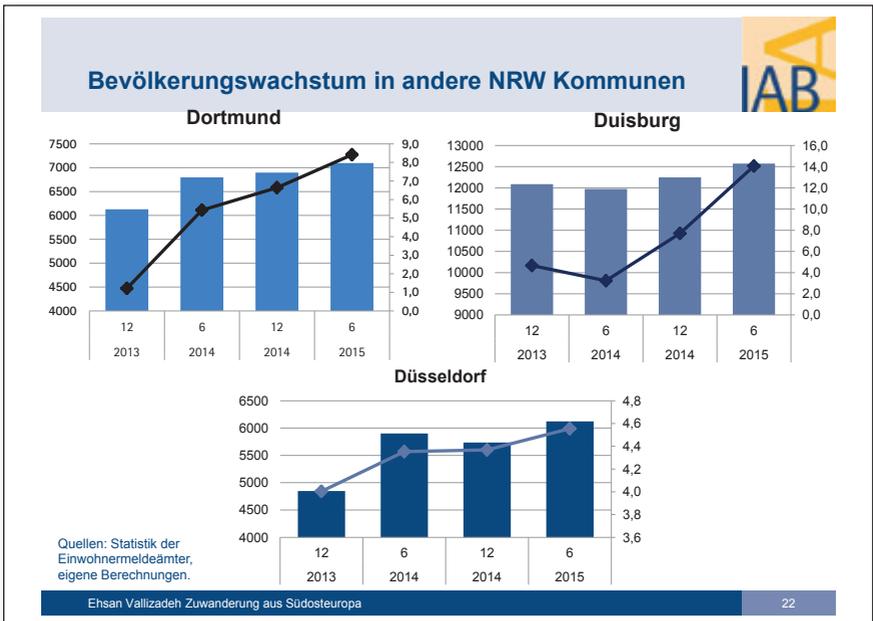
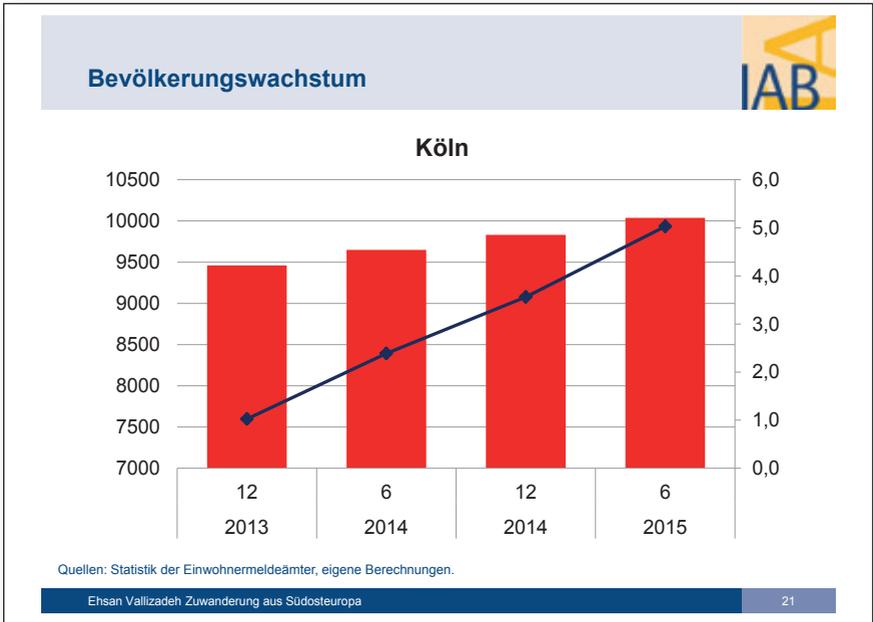


## Auswirkungen auf Kommunen

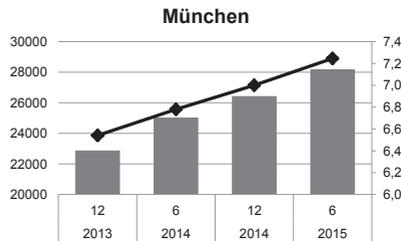
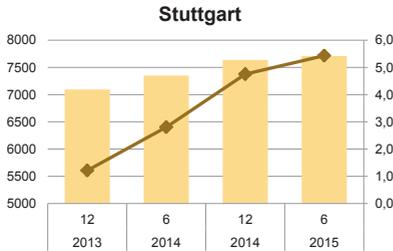


## Entwicklung in den Kommunen

- **Stadt-Land- und Nord-Süd-Gefälle**
  - Bulgaren und Rumänen besser auf dem Land und in kleineren Städten als in Großstädten integriert
  - Arbeitslosenquoten und Anteile der SGB-II-Leistungsempfänger schwanken je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Kommunen stark
- Erheblicher Teil der Bulgaren und Rumänen in den Problemkommunen (z.B. Duisburg und Dortmund) gehen weder einer registrierten Erwerbstätigkeit nach noch beziehen sie SGB-II-Leistungen
- Nicht quantifizierbare Kosten für die Unterbringung von Obdachlosen, akute Krankenversorgung und Schulintegration

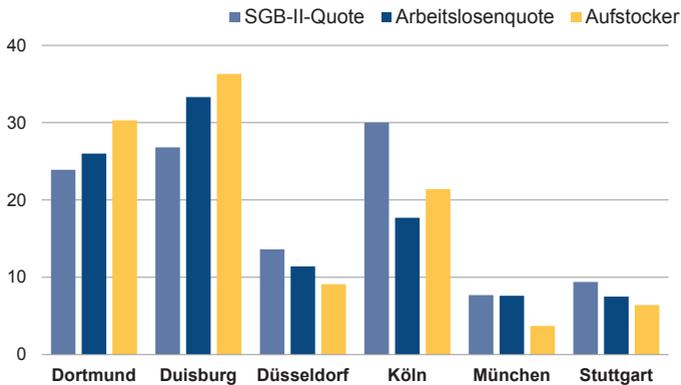


### Bevölkerungswachstum in Süd-Kommunen



Quellen: Statistik der Einwohnermeldeämter, eigene Berechnungen.

### Arbeitsmarktpartizipation der Bulgaren und Rumänen in einigen Großstädte



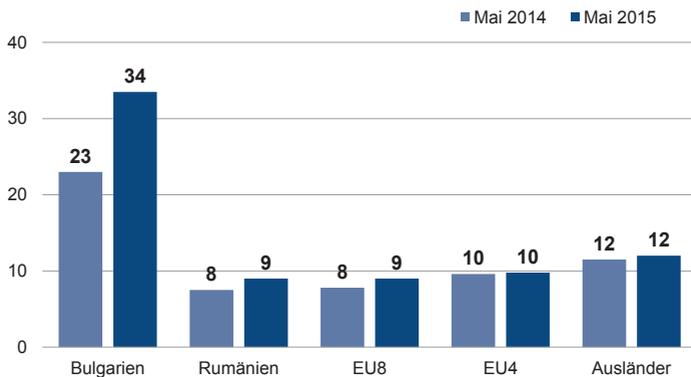
Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eigene Berechnungen.



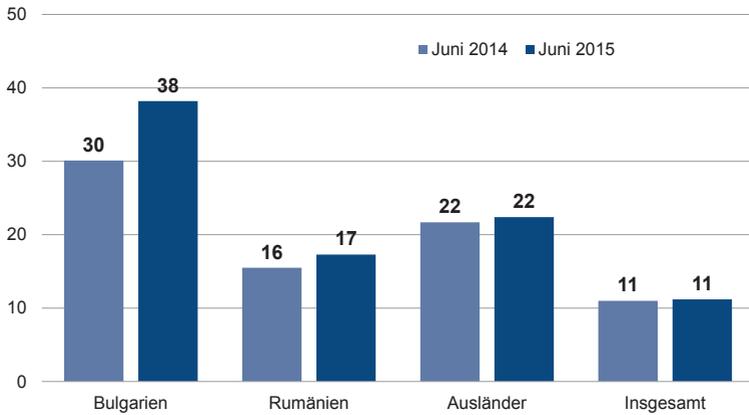
## Große Unterschiede zwischen Bulgaren und Rumänen auch in den Kommunen



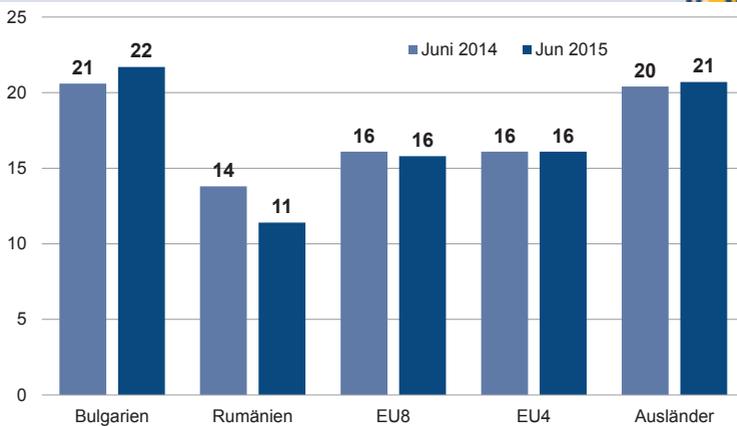
## Köln – Anteil „Aufstocker“ an abhängig Beschäftigte



### Köln – Anteil Leistungsbezieher im SGB-II



### Köln - Arbeitslosenquote



## Zusammenfassung I



- **Starker Anstieg der Beschäftigungsmöglichkeiten**  
Die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat stark die Beschäftigungsmöglichkeiten erweitert. Insgesamt sind Bulgaren und Rumänen recht gut in den Arbeitsmarkt integriert.
- **Anteil der SGB-II-Leistungsbezieher ist trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung kontinuierlich gestiegen**  
Mögliche Erklärungen dafür können eine Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten und einen besseren Zugang zur Infrastruktur des Sozialstaats sein
- **Große Unterschiede zwischen Bulgaren und Rumänen**  
Seit Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist das Gefälle größer geworden.

## Zusammenfassung II



- **Keine Hinweise auf „Leistungsmissbrauch“**  
Es gibt keine Hinweise auf systematischen Leistungsmissbrauch, der Sozialstaat dürfte zumindest gegenwärtig durch Zuwanderung aus Südosteuropa profitieren.
- **Die Gewinne und Kosten der Zuwanderung sind ungleich verteilt**  
Probleme konzentrieren sich in einigen Großstädte in Nordrhein Westfalen und Berlin. Kommunen und andere Träger von steuerfinanzierten Transfers verlieren, während die Rentenversicherungen und Krankenkassen gewinnen.

## Handlungsempfehlungen

Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem



### ■ Erwerb von weiteren Bildungsabschlüssen fördern

30 Prozent der Zuwanderer erwerben weitere Bildungsabschlüsse in Deutschland. Das Potenzial ist insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung aber bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Förderung von Ausbildungsabschlüssen und Anpassungsqualifizierungen ist zu unterstützen

### ■ Arbeitsmarktvermittlung und Anpassungsqualifizierung geringqualifizierten Arbeitskräfte

55% der Zuwanderer finden ihre erste Stelle in Deutschland über Freunde und Bekannte. Das kann zur Arbeitsmarktfalle werden.

Geringqualifizierte Arbeitskräfte können durch gezielte Maßnahmen z.B. in den Branchen wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe, der Pflege und dem Baugewerbe gefördert werden.

## Handlungsempfehlungen

Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem



### ■ Sprachkompetenz stärken

Es gibt empirische Evidenz, dass sehr gute deutsche Sprachkenntnisse im Vergleich zu Personen mit schlechten Sprachkenntnissen erhöhen die Erwerbsbeteiligung um 15%, den Lohn um 22% und senkt das Risiko, unter der Qualifikation beschäftigt zu sein. Nachholbedarf gibt es vor allem bei der berufsbegleitenden Sprachförderung.

### ■ Anerkennung von Abschlüssen weiter unterstützen

Vollständige Anerkennung von Abschlüssen erhöht die Erwerbsbeteiligung um 23%, den Lohn um 28%, und senkt das Risiko, unter der Qualifikation beschäftigt zu sein.

## Handlungsempfehlungen

Integration der Nachkommen von Migranten



### ■ Strukturelle Benachteiligungen angehen

Die Nachkommen von Migranten sind durch die Selektivität des deutschen Bildungssystems auf allen Ebenen und an allen Schwellen benachteiligt – beim Besuch von Kitas, Kindergärten und Vorschulen, beim Übergang von Grundschulen in weitergehende Schulen, beim Übergang von Schulen in Ausbildung, und beim Übergang von Ausbildung in den Beruf.

### ■ Diskriminierung verringern

Experimentelle Studien („Bewerbungsstudien“) zeigen systematische Diskriminierungen im Arbeitsmarkt, ähnliche Diskriminierungen liegen mit Sicherheit auch im Bildungssystem vor. Diskriminierung verringert Bildungs- und Erwerbsanreize und hat folglich nachhaltige Folgen für Qualifikation und Integration. Diskriminierungen lassen sich nicht administrativ, sondern nur durch ihre Ursachen und bessere Information bekämpfen.

## Politikempfehlungen



### ■ Stärkere Öffnung für arbeitsmarktbezogene Zuwanderung

Seit 1995 sind nur 13% der Zuwanderer als Erwerbstätige und Arbeitssuchende nach Deutschland gekommen, aber 50% aus der EU. Zuwanderer die als Erwerbstätige oder Arbeitssuchende nach Deutschland kommen lassen sich besser integrieren. Es ist von nachgeordneter Bedeutung, ob Punktesysteme oder andere Formen der Einwanderungssteuerung eingeführt werden, solange die Schwellen für erwerbsbezogene Zuwanderung deutlich gesenkt werden.

### ■ Internationale und nationale Arbeitsvermittlung stärken

Der erste Job hat entscheidende Auswirkungen auf den weiteren Erwerbsverlauf. Je besser die Arbeitsvermittlung, desto besser der „Job-Match“ und desto besser der Erwerbsverlauf.





## Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ehsan Vallizadeh  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
der Bundesagentur für Arbeit

Kontakt:  
[ehsan.vallizadeh@iab.de](mailto:ehsan.vallizadeh@iab.de)

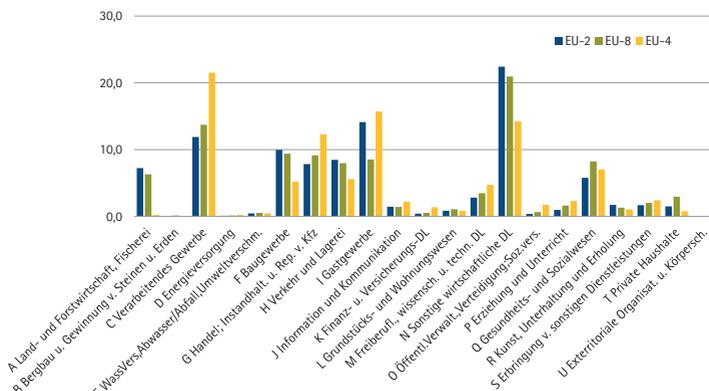
[www.iab.de](http://www.iab.de)

Backup



### Beschäftigungsstruktur

Anteile der Wirtschaftszweige an den abhängig Beschäftigten, März 2015



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Ehsan Vallizadeh

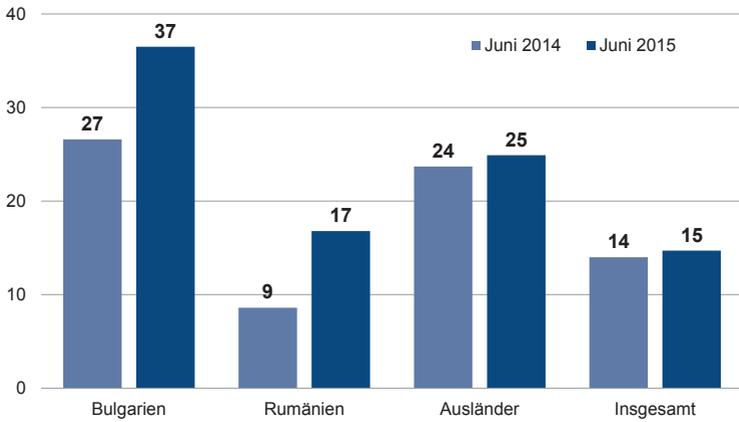
Zuwanderung aus Südosteuropa

37

Monat	EU-2			EU-8	EU-4	Ausländer	Deutschland
	Gesamt	Bulgarien	Rumänien				
<b>Bevölkerungstand (Personen)</b>							
Jul. 2014	490.205	168.084	322.121	986.901	1.161.188	7.893.289	-
Jul. 2015	625.245	207.540	417.705	1.091.117	1.203.319	8.567.335	-
<b>Beschäftigte (Personen)</b>							
Jun. 2014	249.101	65.264	183.837	501.622	521.671	3.188.080	35.524.356
Jun. 2015	343.607	89.224	254.383	579.980	548.533	3.468.440	35.963.880
<b>Arbeitslosigkeit (Personen)</b>							
Aug. 2014	23.237	11.772	11.465	49.280	64.556	530.569	2.901.823
Aug. 2015	34.157	17.648	16.509	52.429	64.767	568.019	-
<b>Arbeitslosenquote (in Prozent)</b>							
Jun. 2014	9,0	15,1	6,5	10,2	11,3	15,0	7,7
Jun. 2015	9,1	15,8	6,3	9,3	10,7	14,5	7,3
<b>Leistungsempfänger im SGB II (Personen)</b>							
Mai. 2014	61.192	33.814	27.378	109.362	134.425	1.268.967	6.139.283
Mai. 2015	101.145	55.650	45.495	122.237	144.199	1.386.157	6.135.913
<b>Anteil der Leistungsempfänger im SGB II (in Prozent)</b>							
Mai. 2014	13,2	20,9	9,0	11,4	11,6	16,2	7,5
Mai. 2015	17,0	27,8	11,5	11,5	12,0	16,5	7,5
<b>Anteil der „Aufstocker“ an den abhängig Beschäftigten (in Prozent)</b>							
Apr. 2014	6,3	12,8	3,8	5,9	7,1	9,3	3,4
Apr. 2015	8,4	17,6	4,9	5,7	7,3	9,0	3,2



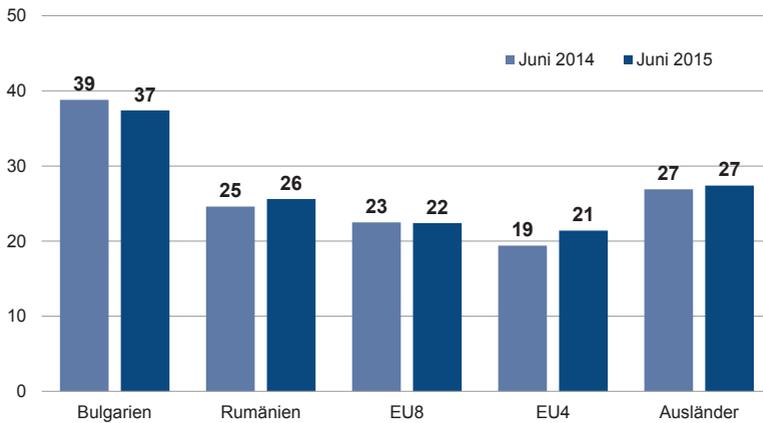
### Duisburg – Anteil Leistungsbezieher im SGB-II



Ehsan Vallizadeh Zuwanderung aus Südosteuropa

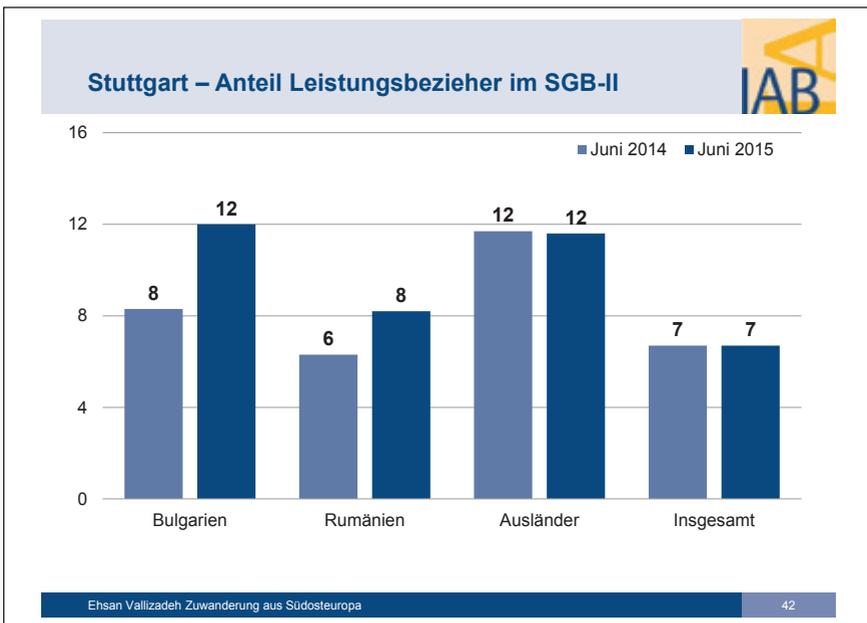
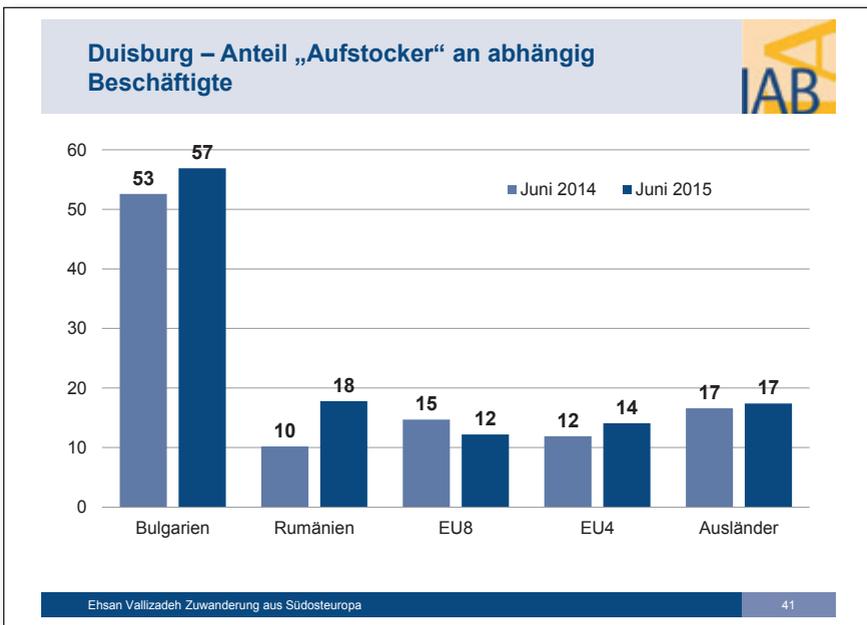
39

### Duisburg – Arbeitslosenquote

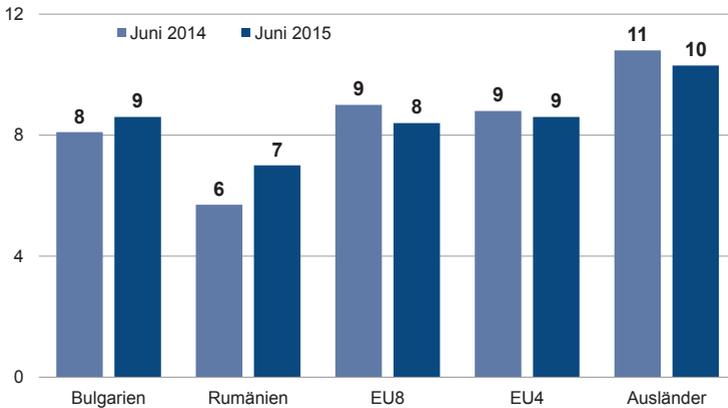


Ehsan Vallizadeh Zuwanderung aus Südosteuropa

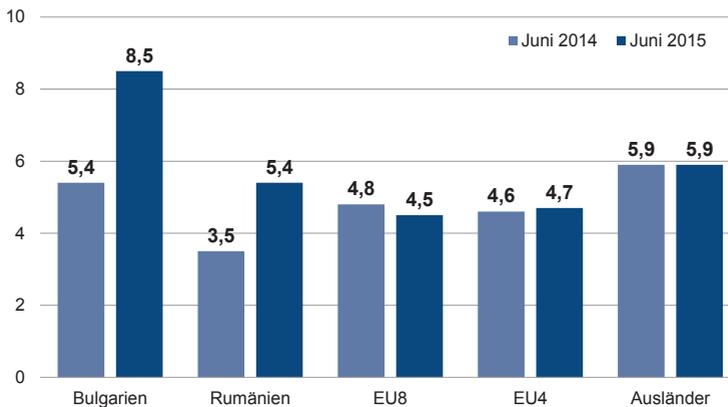
40



### Stuttgart - Arbeitslosenquote



### Stuttgart – Anteil „Aufstocker“ an abhängig Beschäftigte





Fragen und Diskussion im Anschluss an den Input:

Es wurden Zahlen, Daten und Fakten zum aktuellen Stand der Zuwanderung aus Südosteuropa auf Bundesebene genannt. Hierbei wurde deutlich, dass es kein Thema der gesamten Bundesrepublik ist, sondern sich auf einige Bundesländer und dort auf einige Städte konzentriert. Herr Vallizadeh zeigte das Süd- / Westgefälle auf.

Die Präsentation richtete den Blick auf die bundesweiten Zahlen, zeigt allerdings nicht die prekäre Situation vor Ort, wie sie sich in den Pilotkommunen darstellt.



## **Input Dr. Georg Worthmann Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.), Christiane Certa und Inka Schroer, Vertreterinnen der Städte Dortmund und Hamm**

Die G.I.B. fasst regelmäßig die statistischen Zahlen der sieben Pilotstädte im Monitoring zusammen und stellt sie ihnen zur Verfügung, damit diese die Möglichkeit der Steuerung haben. Regelmäßig führt die G.I.B. mit den Pilotkommunen Statusgespräche durch, sowohl für alle gemeinsam bei der G.I.B. in Bottrop als auch im bilateralen Austausch in den Kommunen vor Ort.

Aus den Monitoringzahlen für alle Pilotkommunen wurde der nachfolgende Input erstellt, stellvertretend für alle „Piloten“ füllten die Kolleginnen aus Dortmund und Hamm den Input anschaulich mit Leben.



Dr. Georg Worthmann Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.),  
Christiane Certa und Inka Schroer, Vertreterinnen der Städte Dortmund und Hamm

## (Zwischen-)Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen



Pilotprojekte „ESF-kofinanzierte Vorhaben für EU-Bürgerinnen und -bürger mit zum Zeitpunkt des Aufrufs bestehender eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit“

Fachtagung „Chancen und Herausforderungen südeuropäischer Zuwanderung“  
am 28.09.2015 in Köln



Dr. Georg Worthmann



## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Vorbemerkungen**

- Förderung der Pilotprojekte mit arbeitsmarktpolitischer Ausrichtung für Kommunen mit starker Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien
- Bestandteile: Ansprache, Beratung, Kompetenzfeststellung, Sprachvermittlung, Begegnungsmöglichkeiten, Projektkoordinierung
- Vielfalt in der Praxis: 7 Pilotkommunen als „Unikate“, Praxisbeispiele aus Dortmund und Hamm als guter Einblick
- Fachliche Begleitung und Monitoring durch die G.I.B.



Folie 2



## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen **Gliederung**

- Kontaktaufnahme zur Zielgruppe
- Formale Qualifikation und Kompetenzfeststellung
- Bedeutung von „Sprache“ und Sprachkompetenz
- Vielfalt der Problemlagen und Projektkoordinierung

## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Informationsveranstaltungen**

In 15 Monaten wurden...

- 243 Informationsveranstaltungen in den Pilotkommunen durchgeführt, teilweise in Kooperation mit Ämtern und Beratungseinrichtungen.
- in den Veranstaltungen ca. 4.000 Personen aus der Zielgruppe erreicht, von denen (mindestens) 1.230 für weitere individuelle Ansprachen, Beratungen oder Aktivierungen gewonnen werden konnten.

## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Kontaktaufnahme**

- Zusätzlich ca. 33.700 individuelle Ansprachen und Kontaktaufnahmen (ohne Beratung) z.B. durch
  - aufsuchende Hilfen
  - niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten
  - Flyer, Informationsmaterial etc.
- Aufschließen der Personen für eine individuelle Beratung
- Hinweise auf weitergehende Angebote

## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen **Kontaktaufnahme – Beratungsstelle in Hamm**

### **Beratungsstelle ABRA**

Arbeit-Bulgarien-Rumänien-Ausbildung



- Verortung im Sozialraum mit den höchsten Zuwandererzahlen
- 4 Integrationscoaches, offene Sprechzeiten
- niederschwelliges Unterstützungsangebot
- Stabilisierung der Alltagssituation
- Aufsuchende Arbeit im Stadtteil (Hausbesuche, Kontakt über Ansprache an den bekannten Treffpunkten, Begleitung zu Behörden etc.)

## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen **Kontaktaufnahme: Geh- und Komm-Strukturen in Dortmund**

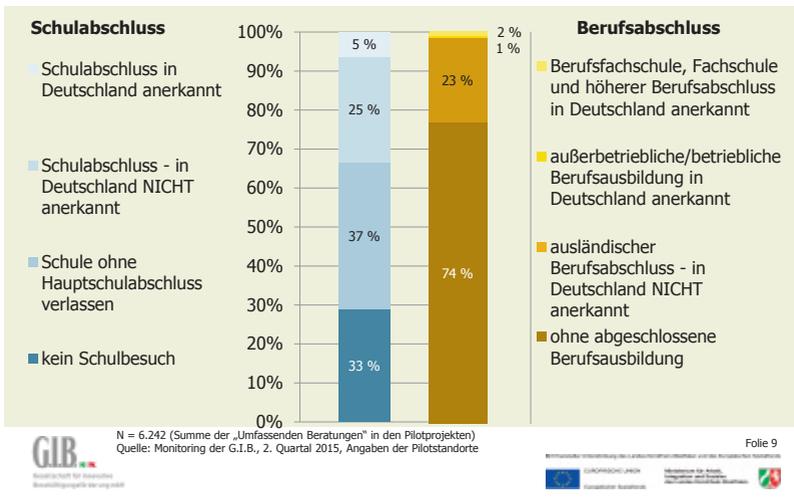
- Herausforderung: extreme Armut! Parallelstrukturen! Kaum Handlungsoptionen!
- Ansatz: Anlaufstelle „Willkommen Europa“, Niedrigschwellige Begegnung im „IKUZ“
- Ausrichtung: niedrigschwellig, vernetzt, sozialräumlich
- Trägerverbund: AWO, Caritas, Diakonie, dobeq, GrünBau, VHS
- Besonderheit: 3x/Woche (9-12h) muttersprachliche „institutionelle“ aufsuchende Arbeit bei Bürgerdiensten mit Infotafel über Angebote und Präsenzzeiten – wirkt!



## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Beratungen**

- Mehr als 56.200 individuelle Beratungen
  - davon ca. 31.600 Kurzberatungen (bis 20 Minuten)
  - davon ca. 24.600 umfassende Beratungen (über 20 Minuten)
- „Umfassende Beratungen“ im Monitoring differenziert erfasst u.a. nach
  - höchstem Schul- und Berufsabschluss
  - Problemlagen

## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Schul- und Berufsabschluss**



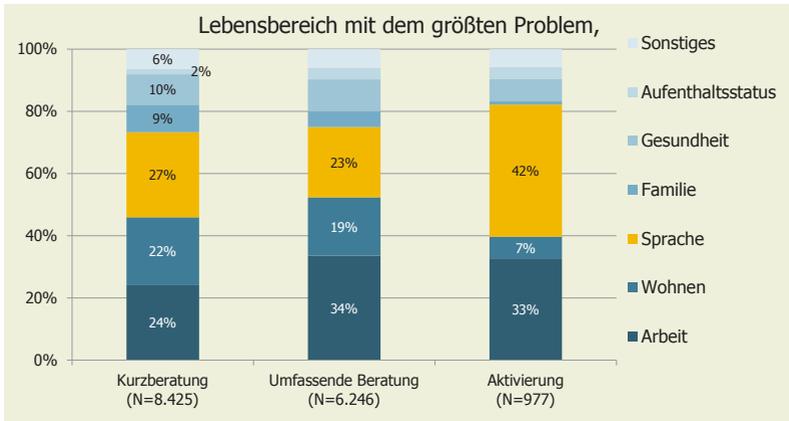
## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Qualifikation – **Kompetenzfeststellung in Hamm**

### Kompetenzfeststellung für Zuwanderer



- Fehlen formaler Nachweise (Zeugnisse etc.), Qualifikationsniveau unklar
- Entwicklung eines speziellen Kompetenzfeststellungsverfahrens – Ziel: Überprüfung und Erprobung berufspraktischer Fähigkeiten
- 5 Berufsfelder (u.a. Metall, Lager/Logistik, Hauswirtschaft), reiner Praxisbezug
- Erstellen eines Kompetenzprofils, Teilnehmer/innen erhalten Zertifikat
- Ergebnisse als Ausgangspunkt für weitere berufliche Integrationsplanung

## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Problematik „Sprache“**



Quelle: Monitoring der G.I.B., 2. Quartal 2015, Angaben der Pilotstandorte

Folie 11

## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen **Sprachkompetenz: praktischer Erwerbsweltbezug in Dortmund**

- Herausforderung: individuelle und strukturelle Barrieren
- Ziele: Perspektiven im Einzelfall - Mut zum Experiment: „Wie kann es gehen?“
- Sprachkursträger: VHS in Kooperation mit Projektverbund (freie Träger, Arbeitsverwaltung, EDG, ....)
- Ausrichtung: vernetzt, niedrigschwellig (Sprachcafé und -kurse im IKUZ)
- Besonderheit: aktiver Erwerbsweltbezug über Pilotprojekt „Präsenzdienst“
- Träger: Entsorgung Dortmund GmbH (EDG) mit VHS, Jobcenter, Agentur
- Qualifizierung: 70 Std. Fachunterricht in Theorie und Praxis, 4-wöchiges Praktikum in Entsorgungsbereichen der EDG



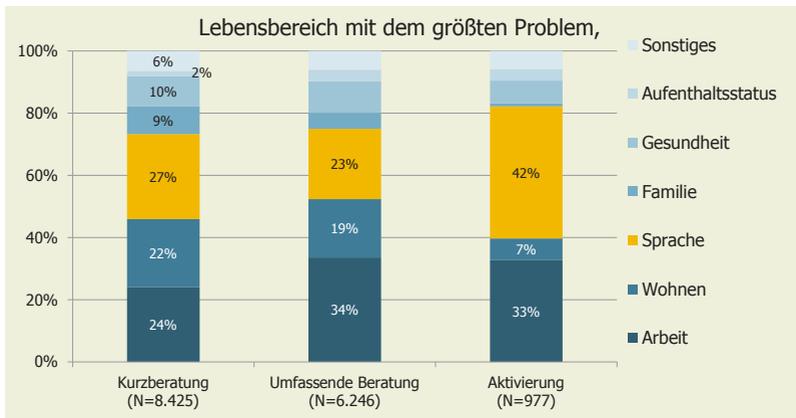
Foto: EDG Entsorgung Dortmund GmbH

Folie 12

### Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Aktivierungen**

- Ca. 3.600 Aktivierungen von April 2014 bis Juni 2015
- Aktivierungen in einem weiten Verständnis, nämlich Kompetenzfeststellung, Alphabetisierung und Sprachvermittlung, Qualifizierung etc.
- Gemessen an ca. 56.200 Beratungen vergleichsweise wenige Aktivierungen
- Ursache liegt in den komplexen Problemlagen der Zielgruppe
- Herausforderung für Kommunen, Projektkoordination, Netzwerkmanagement mit zahlreichen Akteuren

### Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Lebenslagen und Aktivierung**



## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen Monitoringdaten und Praxisbeispiele – **Lebenslagen und Aktivierung**



## Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen **Lebenslagen und Aktivierung – Fallbeispiel aus Hamm**

- Familie V. (Elvis V. 27; Mihaela V. 22; 2 Kinder (1 Jahr und 7 Monate))
- **Ausgangssituation**
  - Wohnen – Problemhaus (u.a. Schimmel, defekte Heizung)
  - Finanzen – Überschuldung (z.B. Kosten für die Geburt, Handyverträge, Strom)
  - Arbeit – geringfügige Beschäftigung (Ausbleiben der Lohnzahlungen)
- **Integrationsprozess**
  - Unterstützung bei Anmietung neuen Wohnraums, Organisation des Umzugs
  - Kontaktaufnahme Gläubiger – Vereinbarung von Ratenzahlungen
  - Überleitung Sprachkurs, Teilnahme an der Kompetenzfeststellung
  - Kontaktaufnahme zu Unternehmen, Erstellen von Bewerbungsunterlagen, Vorbereitung und Begleitung zum Vorstellungsgespräch

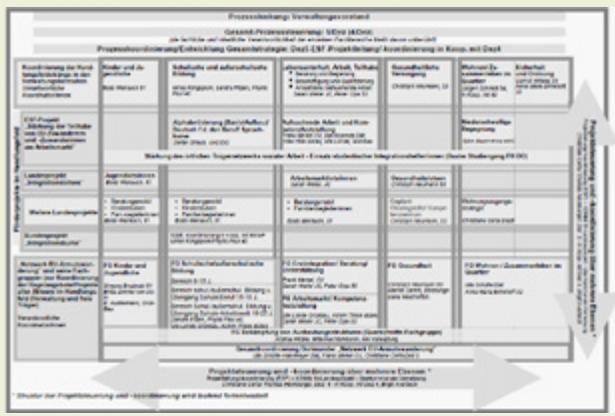
Ergebnisse des Monitorings und Praxisbeispiele aus den Pilotkommunen  
**Lebenslagen und Aktivierung: Dortmunder Gesamtstrategie**

**Ebenen**

- Koordinieren, Steuern, Lenken
- Verwaltung
- Projekte mit freien Trägern
- Netzwerk mit freien Trägern

**Merkmale**

- Augenhöhe
- Verantwortung
- Transparenz



Folie 17



Dem Input folgte die Mittagspause mit dem Markt der Möglichkeiten und musikalischer Untermalung durch die Gruppe Sasho-Band aus Wuppertal.



## Workshops

Ergebnistransfer aus den Projekten der Pilotstädte Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Köln und Wuppertal

- W1: Aufsuchende Hilfe/Kontaktaufbau  
Federführung Stadt Wuppertal
- W2: Bedeutung von Kompetenzfeststellung, Beratung in den Arbeitsmarkt  
Federführung Stadt Essen
- W3: Sprach- und Alphabetisierungskurse mit Erwerbsweltbezug  
Federführung Stadt Duisburg
- W4: EU-Zuwanderung als gesamtstädtische Aufgabe  
Federführung Stadt Gelsenkirchen, wegen der Größe der angemeldeten TN auf zwei Workshops verteilt, moderiert von Stadt Gelsenkirchen und Stadt Köln

Die in den Workshops erarbeiteten Ergebnisse, zentralen Handlungsbedarfe und erfolgreiche Strategien werden nachfolgend eingefügt.

## Workshop 1: Aufsuchende Hilfe / Kontaktaufbau

### Ergebnisse/Vorüberlegungen

- Begegnungsstätte
- Lotsen
- hohe Fluktuation
- hohe Qualität spricht sich rum
- Aufklärungsarbeit
- niederschwellige Angebote
- Infoveranstaltungen
- Erfolgsmodell Team aufsuchende Arbeit → Präsenz bei den Bürgerdiensten (Einwohnermeldeamt)
- Anlaufstelle
- Helfer/Berater aus demselben kulturellen Background
- Shuttlebus und Fahrtkosten
- Deutschkurse (auch abends)
- Bündelung der Angebote (trägerübergreifend)
- Kita-Besuch
- Streetwork
- Strategien gegen bezahlte Helfer
- aufsuchende Arbeit → Kompetenzfeststellung → Arbeitsmarktintegration (flankiert durch Deutschkurse)
- Vernetzung innerhalb der Kommune
- Arbeitskreis
- Vernetzung der Zielgruppe
- Problem: Kaum Abfließen in die Regeldienste



### Zentrale Handlungsbedarfe

- Überführung in die Regelsysteme
- Basisabsicherung
- Verbesserung der Kinderbetreuung

### Erfolgreiche Strategien

- Vernetzung auch von Verwaltung, Kommune und freien Trägern
- niederschwellige Angebote
- muttersprachliche Angebote
- ganzheitlicher Ansatz
- Wohnortnähe
- engmaschige Betreuung
- Kompetenzfeststellung

## Workshop 1

# Aufsuchende Hilfe/Kontaktaufbau

### Zentrale Handlungsbedarfe

Überführung  
in die Regel-  
systeme

Basis  
Absicherung

Verbesserung  
d.  
Kinderbetreuung

### Erfolgreiche Strategien

Vernetzung  
auch von Verwaltung  
+ Kommune + freie  
Träger  
niederschwellige  
Angebote

- Mutter-  
sprachliche  
Angebote / etc  
- ganzheitlicher  
Ansatz +  
Wohnortnähe  
+  
engmaschige  
Betreuung  
+  
\*

Kompetenz-  
feststellung

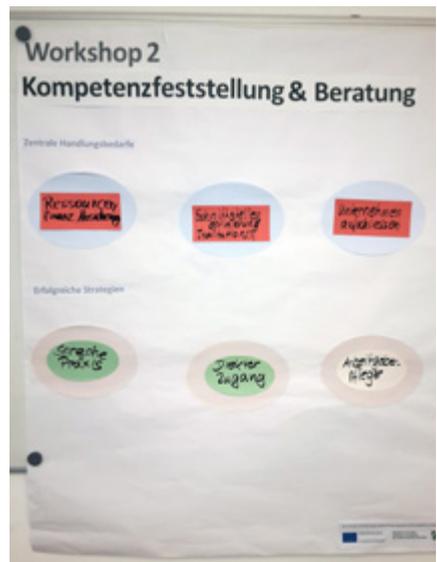
## Workshop 2: Bedeutung von Kompetenzfeststellung, Beratung in den Arbeitsmarkt

### Zentrale Handlungsbedarfe

- Ressourcen finanzielle Absicherung
- Schnittstellenoptimierung/ Institutionen
- Unternehmen aufschließen

### Erfolgreiche Strategien

- Sprache & Praxis
- direkter Zugang
- Arbeitgeberpflege



## Workshop 3: Sprach- und Alphabetisierungskurse mit Erwerbsweltbezug

### Ergebnisse/Vorüberlegungen

#### These 1:

EU-Bürger/innen haben Zugang zu Integrationskursen:  
Antrag auf Zulassung → BAMF → Zulassung → Sprachkursträger → Integrationskurs

#### These 2:

Das Regelangebot der Integrationskurse ist für viele EU-Neuzugewanderte nicht zugänglich.

#### Begründung:

- Fehlende Informationen/fehlendes Wissen
- Nicht ausreichende finanzielle Mittel, um Eigenbeteiligung zu bezahlen
- Fehlende Grundlagen für Kostenbefreiung
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse (regulärer Kursbesuch kaum möglich)

#### These 3:

Niederschwellige Sprachkurse ermöglichen den Erwerb von Grundsprachkenntnissen, insbesondere bei Neuzugewanderte, die am Regelangebot nicht teilnehmen können

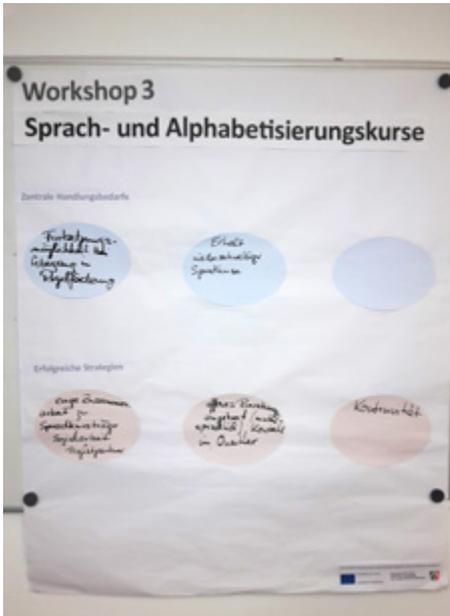


### Zentrale Handlungsbedarfe

- Fortsetzungsmöglichkeit bei Übergang in Regelförderung
- Erhalt niederschwelliger Sprachkurse

### Erfolgreiche Strategien

- enge Zusammenarbeit zwischen Sprachkursträger, Sozialarbeit und Projektpartner
- offenes Beratungsangebot (muttersprachlich), Kontakte im Quartier
- Kontinuität



## Workshop 4 A: EU-Zuwanderung als gesamtstädtische Aufgabe

### Ergebnisse/Vorüberlegungen

- niederschwellige Angebote werden nicht ausreichend unterstützt/sind von der Kommune zur Zeit nicht unterstützbar
- Obdachlosigkeit → es besteht keine Unterbringungsverpflichtung
- Zusammenarbeit der Kommunen
- KV eher von Ehrenamtlichen/Bedarf an Überführung in KV

### Zentrale Handlungsbedarfe

- Gesamtkonzept Integration; Integration ist nicht nur Arbeitsmarktintegration
- unterstützte Faktensammlung finanziert
- interkommunale Zusammenarbeit zur gemeinsamen Positionierung
- der Bund soll seine Hausaufgaben machen

### Erfolgreiche Strategien

- Zusammenarbeit Kommune mit freien Trägern
- wir wurden gehört vom Land
- neue Wege
- innovative Projekte





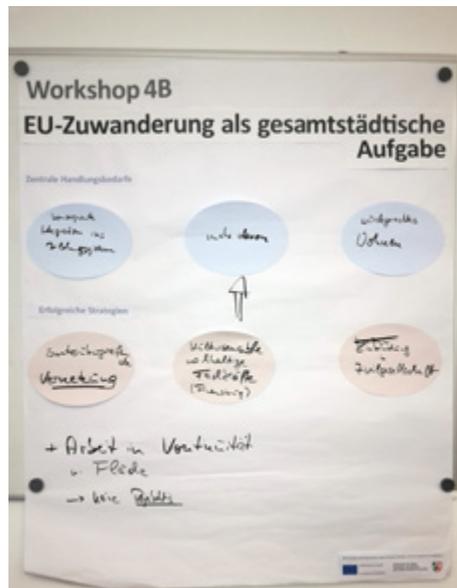
## Workshop 4 B: EU-Zuwanderung als gesamtstädtische Aufgabe

### Zentrale Handlungsbedarfe

- konsequente Integration ins Bildungssystem
- würdegerechtes Wohnen
- mehr kultursensible nachhaltige Fachkräfte

### Erfolgreiche Strategien

- ämterübergreifende Vernetzung
- kultursensible nachhaltige Fachkräfte (Finanzierung)
- Einbindung in Zivilgesellschaft
- Arbeit in Kontinuität und Fläche  
→ keine „Projektitis“



## Podiumsdiskussion

- Gäste:**
- **Dr. Andreas Kletzander**, Jobcenter Wuppertal
  - **Michael Lätsch**, Stadt Köln
  - **Anton Rütten**, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
  - **Tim Westerholt**, Caritasverband für die Stadt Köln, e.V. Köln

In der Podiumsdiskussion stellen die Teilnehmer die Sichtweise aus ihrem Arbeitszusammenhang dar. Einigkeit besteht darüber, dass die Kommunikations- und Kooperationsstrukturen vor Ort Möglichkeiten der Beratung und sonstige Hilfestellungen bieten, allerdings auch vielfach an ihre Grenzen stoßen. Ausdrücklich wird dem Land NRW für das in 2013 gestartete Handlungsprogramm und der initiierten ESF-Förderung gedankt. Zum Thema Arbeitsmarktintegration ist deutlich geworden, dass diese Aufgabe seit der Sozialrechtsreform des Jahres 2005 in der Zuständigkeit des Bundes im Rahmen des SGB II/III liege. Viele Kommunen verfügen zu diesem Handlungsfeld bei überwiegend angespannter Finanzlage weder über ausreichende eigene Strukturen noch über entsprechende Mittel (freiwillige Aufgaben).



v.l. Michael Lätsch, Anton Rütten, Prof. Dr. Frank Überall, Dr. Andreas Kletzander, Tim Westerholt

Ein Aufbau und die dauerhafte Finanzierung von Strukturen mit EU-Mitteln (weil nur für zeitlich, begrenzte und innovative Modellprojekte) ist nicht möglich, die Nachhaltigkeit damit in Frage gestellt.

Einigkeit besteht ebenfalls darüber, dass das Thema Zuwanderung auf Dauer bleiben wird. Konsequenzen habe das MAIS aus den bisherigen Erfahrungen schon gezogen. Weitere Förderung wird für notwendig erachtet, quartiersbezogene Programme bestehen bereits.

In den Städten ist seit langem der Zuzug von Menschen aus Spanien, Italien Portugal und Polen zu verzeichnen sowie aus den durch die Osterweiterung neu hinzugekommen Ländern. Durch den verstärkten Zuzug von Menschen aus Rumänien und Bulgarien gilt es, neue Zugangswege in etablierte Beratungsdienste und Strukturen zu schaffen. Wichtiges Element bei der Integration in den Arbeitsmarkt ist der Ausbau der Kompetenzen. Die Beratungsinhalte sind sehr stark auf die Aufnahmen von Beschäftigungsverhältnissen ausgerichtet, da in der Regel nur hierüber ein Anspruch auf Unterstützungsleistungen erworben werden kann.



Alle Beteiligten bedauern, dass durch die Befristung des Projektes Unsicherheit für Mitarbeitende und Träger besteht, die Vernetzungsstrukturen erfolgreich aufgebaut haben.

### **Fragen von Herrn Prof. Dr. Überall aufgrund der Ergebnisse der Workshops:**

Der Moderator nimmt einige Ergebnisse der Workshops auf und lässt sie von den Podiumsteilnehmern kommentieren.

Zweifellos gelingt vielen Zugewanderten aus den EU-Ländern die arbeitsmarktliche und gesellschaftliche Integration. Das verdrängt jedoch nicht die Problemstellungen rund um die sog. „Armutszuwanderung“, die insbesondere die Zugewanderten ohne schulische und berufliche Qualifikation betreffen. Sorgen bereiten dabei (mit Verweis auf IAB-Vortrag) nicht so sehr die Menschen, die über eine nachgewiesene Erwerbstätigkeit einen Rechtsanspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II haben. Deren existenzielle Grundbedürfnisse (Lebensunterhalt, Unterkunftskosten, Krankenversicherung) sind gesichert und weitere Möglichkeiten der Qualifizierung und Vermittlung zumindest eröffnet. Sorge bereiten die Menschen, die ohne solche Ansprüche täglich unter zum Teil prekären Umständen ihren Lebensunterhalt sichern müssen, teilweise in nicht auflösbaren Abhängigkeiten, und so vielfach von den Unterstützungsangeboten nicht erreicht werden bzw. diese schlicht nicht an- und wahrnehmen können.

Der Anteil an Arbeitsstellen für Geringqualifizierte am Arbeitsmarkt liegt nach Einschätzung beispielsweise der Agentur für Arbeit Köln aus 2014 lediglich bei rund 11 Prozent. Hauptursache für Langzeitarbeitslosigkeit ist zu rund 70 Prozent die fehlende schulische/berufliche Qualifikation. Dass den Kommunen mit basaler Sprachförderung, Kompetenzfeststellung und Lotseneinsatz die Integration der neuen sogenannte „Armutszuwanderer“ in den umkämpften bzw. besetzten Arbeitsmarkt gelingen wird, ist ein ambitioniertes und ein zum Teil kaum zu erreichendes Ziel.





Dr. Andreas Kletzander



Tim Westerhold



### Frage von Herrn Prof. Dr. Überall nach der Perspektive für die nächsten zwei Jahre:

Die aktuelle Willkommenskultur könnte kippen. Je schlimmer die Situation beispielsweise am Arbeitsmarkt wird, desto rauer wird das Klima in der Bevölkerung.

Der Arbeitsmarkt bietet jetzt schon nicht ausreichende Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich, der Druck wird dort immer größer werden. Menschen aus Rumänien und Bulgarien sind vielfach aber nur in diesem Bereich zu vermitteln.

Insgesamt wird von einer dauerhaften Integrationsaufgabe für die Kommunen ausgegangen, die sich zunehmend am Gesamtbedarf und nicht mehr an einzelnen Zielgruppen (hier Flüchtlinge, da EU-Zuwanderer, dort Arbeitsmigration) ausrichten müsse. Man ist zuversichtlich, dass das Land NRW die Kommunen weiter unterstützen werde. Hierzu sei die modifizierte Fortführung der bisher erprobten Modelle in Aussicht gestellt, der übergreifende Förderaufruf (EFRE/ESF) zur Quartiersentwicklung und Armutsbekämpfung werde auch



Teile der Aufgabenstellungen rund um die EU-Zuwanderung unterstützen können. Wünschenswert ist, dass der Bund seine direkten Möglichkeiten im Rahmen seiner originären Zuständigkeiten über die beiden Bundesbehörden BAMF und Bundesagentur für Arbeit aufstockt und ausschöpft (z.B. Öffnung/Erweiterung von Integrations- und Sprachkursen, Eingliederungsmittel für Qualifizierung und Vermittlung im SGB II/III). Immer neue Projektförderung und der damit verbundene Flickenteppich aus diversen Fördertöpfen, verschiedenen Zuständigkeiten und entsprechend unterschiedlich zu erfüllenden Voraussetzungen würden für die Kommunen keine problemadäquaten Alternativen darstellen.

## Verabschiedung durch die Leiterin der Punktdienststelle Diversity Nina Rehberg

Zu Beginn äußert Frau Rehberg, dass sie sehr froh sei, an diesem heutigen Tag die abschließenden Worte sprechen zu dürfen. So erhalte sie die Möglichkeit nicht nur allen Teilnehmenden zu danken, sondern kann durch eigenes Erleben von einer sehr gelungenen Fachtagung sprechen. Es wurde deutlich, wieviel Fachkompetenz bei den Projektträgern und Kommunen vorhanden ist. Zudem beeindruckt sie, mit welchem Engagement und Ideenreichtum die Projekte konzipiert und während der Projektlaufzeit den Bedarfen der Teilnehmenden angepasst wurden.

Im Rahmen der Fachtagung wurden viele sehr hilfreiche und wegweisende Ergebnisse erarbeitet, die auf keinen Fall aufgrund einer nicht vorhandenen Weiterfinanzierung verloren gehen dürfen. In den letzten zwei Jahren haben die sieben Pilotkommunen Strukturen aufgebaut, die die Arbeitsintegration von Zuwanderinnen und Zuwandern aus Südosteuropa in vielerlei Hinsicht maßgeblich verbessert haben. Diese Strukturen nun aufzulösen wäre ein sehr großer Fehler, da insbesondere dieser Personenkreis weiterhin Hilfestellung benötigen wird. Die erarbeiteten Ergebnisse zeigen, dass die vorhandenen Angebote an der einen oder anderen Stelle verändert und/oder neu ausgerichtet werden müssen. Hierfür bedarf es einer weiteren finanziellen Förderung durch das Land. Denn Arbeitsmigration kann nur erfolgreich gelingen, wenn Strukturen zur Förderung der Integration anhalten und bestehen bleiben.



Nina Rehberg, Leiterin der Punktdienststelle  
Diversity



Der Austausch, der sich in den letzten zwei Jahren unter den Pilotkommunen entwickelt hat, ist aus Sicht von Frau Rehberg zukunftsweisend für die Zusammenarbeit. Nur so können Projekte mit Modellcharakter zu flächendeckenden und verstetigten Angebotsstrukturen werden.

Das Projektgeschäft ist ein innovatives, aber leider auch ein sehr aufreibendes, insbesondere für die Träger, die teilweise von der Finanzierung dieser Projekte abhängig sind. Die Bewilligung von Ein-, Zwei- oder Drei-Jahres Projekten verhindert kontinuierliche Arbeit. Projektstellen können oftmals nur befristet für die Projektlaufzeit ausgeschrieben werden. Hinzu kommt, dass Bewilligungsbescheide häufig sehr spät ausgesprochen und somit meist nicht als Anschlussfinanzierung wahrgenommen werden. Dies bedeutet, dass sowohl die Träger als auch die Kommunen die Zwischenzeit der Nichtfinanzierung aus eigener Kraft überbrücken müssen. Eine Herausforderung, die nicht alle schaffen können.

Abschließend dankt Frau Rehberg allen Teilnehmenden für diese erfolgreiche Fachtagung.

## Kurzvorstellung der jeweiligen Projekte der Pilotkommunen

### **Dortmunder Gesamtstrategie zur Unterstützung der Erwerbsteilhabe benachteiligter EU-Zuwanderinnen und -Zuwanderer**



Stadt Dortmund  
Sozialdezernat

In Dortmund leben aktuell über 8.000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Darunter sind gut qualifizierte Menschen, der überwiegende Teil aber hat im Herkunftsland ausgegrenzt und ohne Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheit und gutem Wohnraum unter ärmlichsten Bedingungen gelebt. Diese Menschen bringen die Voraussetzungen für eine zeitnahe Erwerbsteilhabe meist nicht oder nur sehr eingeschränkt mit und leben auch in Dortmund in extremer Armut. Das führt in den Dortmunder Ankunftsquartieren zu Herausforderungen, unter denen die Neuzuwandernden wie auch die länger hier lebenden Menschen leiden. Über 60 Prozent der neu aus Südosteuropa zuwandernden Menschen leben in der Dortmunder Nordstadt, rund 40 Prozent im Quartier Nordmarkt. Erschwerend kommt hinzu, dass sich Parallelstrukturen entwickelt haben, die Hilfe und schnelles Einkommen versprechen. Häufig verbergen sich dahinter jedoch Ausbeutungsstrukturen.

### **Unser Ziel**

Wir möchten die Neuzuwandernden, die in Dortmund für sich und ihre Familie eine dauerhafte Perspektive suchen, willkommen heißen, ihnen faire Chancen bieten und sie perspektivisch in ein eigenfinanziertes Leben in der Stadt begleiten. Dazu wollen wir ihre Teilhabechancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und helfen, ein Familieneinkommen aus Erwerbsarbeit zu erzielen. Darüber verbessern wir auch ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen. Wir wollen alle Möglichkeiten bündeln, um Ausbeutungsstrukturen zu bekämpfen und die Nachbarschaften und Quartiere stärken. Dazu optimieren wir stetig unsere Kooperation und vermeiden auf diesem Wege Doppelstrukturen. Dort, wo dies möglich ist, werden wir erfolgreiche Ansätze in Regelstrukturen verstetigen.

## Unser Projektteam

Besonderheit im Dortmunder Projekt ist der große ESF-Trägerverbund aus AWO, Caritas, Diakonischem Werk, dobeq, GrünBau, Paritätischem, Sozialdezernat und VHS. Weitere Kooperationspartner sind die FH Dortmund und das „Dortmunder Netzwerk EU-Armutswanderung“ mit seinen rund 20 Akteuren aus freien Trägern, Stadt, Kammern, Krankenversicherungen, Polizei, Schulen, DGB, BAMF und anderen.

## Unser Projekt

Herz des Projekts ist die Anlaufstelle „Willkommen Europa!“, die von Caritas, Diakonie, GrünBau und dobeq getragen wird und eng mit den übrigen Beteiligten verzahnt arbeitet. Von hier aus erreicht ein Team aus sprach- und kulturkundigen Fachkräften über eine kombinierte Soziale Arbeit mit „Geh- und Komm-Strukturen“ die Neuzuwandernden, vermittelt erste Hilfen und gewinnt einen Teil der Menschen für eine Vereinbarung zur individuellen Förderplanung. Sie beginnt mit dem Herausfiltern von Kompetenzen und Fähigkeiten. Fehlende Voraussetzungen werden über Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen ausgeglichen. Gemeinsam mit den Arbeitsmarktlotsen des Jobcenters folgen erste konkrete Schritte in Richtung Arbeitsmarkt. Im Rahmen eines Bundes-Pilotprojekts werden in der Anlaufstelle seit Februar 2015 auch die Berechtigungsscheine zur kostenlosen Teilnahme an einem sozialpädagogisch begleiteten Integrationskurs ausgegeben. Über die gesamte Zeit werden die Menschen sozialpädagogisch begleitet und haben muttersprachliche Ansprechpersonen. Die Kernelemente werden mit allen Projekt- und Regelangeboten vernetzt, die zum Erfolg beitragen. Dazu gehören unter anderem Kitas und Schulen, Gesundheitsangebote, die Wohnungszugangsstrategie, Qualifizierungs- und Lotsenprojekte (auch aus der eigenen Community), die örtliche Arbeitsmarktstrategie, Strukturen gegen Ausbeutung, die Migrationsberatungsstellen und ordnungsrechtliche Maßnahmen. Die Arbeit der Anlaufstelle wird flankiert durch die Niedrigschwellige Begegnungsstätte im Interkulturellen Zentrum der AWO (IKUZ). Wie die Anlaufstelle liegt sie in einem Hotspot der Zuwanderung und ist sozialräumlich ausgerichtet.



## Besonderheiten in unserem Projekt

### Unsere herausragende Zusammenarbeit

Die Dortmunder Akteure aus Verwaltung und Wohlfahrtspflege kooperieren seit 2011 im „Dortmunder Netzwerk EU-Armutswanderung“ auf Augenhöhe und planen und vertiefen dort in Fachgruppen zu sieben zentralen Themen die gemeinsame Arbeit. Im Laufe der Jahre wurde die Zusammenarbeit stetig vertieft. Die über die ESF-Projekt koordinierung und -leitung aufgebaute „Koordinierungsrunde Zuwanderung aus Südosteuropa“ sichert den Austausch zwischen den ESF-Bausteinen und weiteren Projekt- und Regelvorhaben. Entwicklungen auf örtlicher und überörtlicher Ebene können kommuniziert und gemeinsam Lösungsstrategien optimiert werden. Auf diesem Weg konnte ein hoher Vernetzungsgrad und ein umfassender Wissenstransfer erreicht werden.

### Unsere schnelle Ansprache der Neuzuwandernden

Mit der sogenannten „institutionellen aufsuchenden Arbeit“ haben Caritas, Diakonie und Grünbau einen Weg entwickelt, die Neuzuwandernden direkt nach ihrer Ankunft in Dortmund zu erreichen. Dazu werden die Menschen drei Mal pro Woche im Wartebereich der Bürgerdienste gezielt angesprochen, eine Infotafel gibt muttersprachliche Hinweise auf kostenlose Hilfen. Tatsächlich erkennen die Menschen die bessere Alternative zu den vermeintlichen Helfern und kommen in unseren Angeboten an.

### Unser sich immer weiterentwickelnder Erwerbsweltbezug

Gering qualifizierte Zugewanderte treffen in Dortmund auf einen Arbeitsmarkt, der in diesem Segment kaum Arbeitsplätze bietet. Der Projektverbund der Anlaufstelle erprobt daher zunehmend unterschiedliche Wege, wie die Menschen dennoch in Arbeit gebracht werden können, z. B. über die Direktansprache von Betrieben mit Bedarf an Hilfskräften und sprachgemittelte Kurzqualifizierungen in diesen Branchen. Die im Trägerverbund von dobec

und GrünBau laufenden Verfahren der Kompetenzfeststellung werden in ihren Instrumenten und ihrer Ausrichtung immer weiter an die Voraussetzungen der Zielgruppe angepasst. Sie sind insbesondere mit der Arbeit der Anlaufstelle, den Sprachkursangeboten der VHS und den Angeboten der niedrigschwelligen Begegnungsstätte eng verknüpft. Zunehmend werden Wege erprobt, die Teilnehmer/innen der Kompetenzfeststellung in Qualifizierungen weiter zu schulen und beruflich zu befähigen. Hier wurden wertvolle Netzwerke aufgebaut und mögliche methodische Strukturen getestet. Inzwischen sind erste Erfolge sichtbar: Über das Projekt „Kompetenzfeststellung mit dem Schwerpunkt Gebäudereinigung“ der dobeq in Kooperation mit der GrünBau haben 22 Menschen ein entsprechendes Qualifizierungszertifikat erlangt, das ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz in diesem Bereich deutlich erhöht. Auch die VHS geht neue Wege mit dem aktiven Erwerbsweltbezug. Im Projekt „Präsenzdienst für mehr Sauberkeit in der Nordstadt“ der Entsorgung Dortmund GmbH, der Arbeitsverwaltung und der VHS absolvierten die Teilnehmer auf Basis des ESF-Sprachkurses eine fachliche Qualifizierung in Theorie und Praxis bei der EDG und bilden sich somit für den Einsatz im Präsenzdienst weiter.



## **„Unser Haus Europa“ – Arbeitsmarkt-Pilotprojekt der Stadt Duisburg zur Unterstützung von Menschen aus Südosteuropa bei der Integration in den Arbeitsmarkt.**



In Duisburg sind zurzeit etwa 13.700 Zugewanderte aus Rumänien und Bulgarien (Stand: 01.11.2015) gemeldet. Aktuell gehört Duisburg damit zu den deutschen Kommunen mit der (gemessen an der Gesamtbevölkerungszahl) größten Zuwanderung aus diesen beiden Ländern. Die Stadt hat für die Integration der Neubürgerinnen und Neubürger ein breites Spektrum von Hilfeleistungen aufgebaut. Dieses orientiert sich an den drei Handlungsschwerpunkten:

- Sicherung des sozialen Friedens,
- Sicherstellung von Mindeststandards für Kinder und Jugendliche (insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung) sowie die
- Vorbereitung der Integration in den Arbeitsmarkt

Ein Baustein innerhalb dieses Spektrums an Maßnahmen ist das Arbeitsmarkt-Pilotprojekt „Unser Haus Europa“, ein Projekt für die Integration der Neuzugewanderten. Es beinhaltet Schulungen in arbeitsmarktrelevanten Berufszweigen, Beratung und Begleitung bei der Suche nach Arbeit, Hilfe bei Behördengängen, Deutschkurse für Alltag und Beruf sowie Treffpunkte für Begegnung und Austausch.

Träger des Projekts ist das Kommunale Integrationszentrum der Stadt Duisburg (KI). Neben der Koordination des Pilotprojekts werden im KI die Maßnahmen zur Integration der Neuzugewanderten gebündelt und vernetzt. Dadurch werden Synergieeffekte geschaffen und Parallelstrukturen vermieden.

Die Projektpartner sind neben der gemeinnützigen Gesellschaft für Beschäftigungsförderung mbH (GfB), die Volkshochschule (VHS), die AWO-Integrations gGmbH und das Gesundheitsamt der Stadt Duisburg mit jeweils verschiedenen Aufgabenschwerpunkten.

Die GfB führt an den Standorten in Hochfeld und Marxloh berufsbezogene Kompetenzfeststellungen durch. Die Teilnehmenden erhalten die Möglichkeit, sich in verschiedenen Gewerken (u.a. Holz, Metall, Küche, Friseur, Nähen) zu erproben, mit anschließender Qualifizierung. Ziel ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Sie werden durch Jobcoaches beraten, begleitet und in Arbeit vermittelt. Dolmetscherinnen und Dolmetscher unterstützen den Prozess.

Die Volkshochschule bietet Deutschunterricht mit Erwerbsweltbezug an, der sprachliche Kompetenzen auf dem Niveau A1 – A2 des Europäischen Referenzrahmens vermittelt. Der mit den Schulungen in den Gewerken verzahnte Deutschunterricht findet in den Räumen und Werkstätten der GfB statt. Weitere Deutschkurse finden in den Stadtteilen statt. Dieser „aufsuchende, niederschwellige“ Deutschunterricht richtet sich an Interessierte, die aufgrund ihrer beruflichen oder familiären Verpflichtungen nur wohnortnah und in einem speziellen Zeitrahmen lernen können.

Die AWO-Integrations gGmbH hat so genannte „Treffpunkte für rumänische und bulgarische Unionsbürger“

In der Nähwerkstatt der GfB



In der Holzwerkstatt der GfB



Im Deutschunterricht der VHS



eingerrichtet. In diesen Begegnungsstätten können sich die Zugewanderten treffen und gegenseitig austauschen. Zusätzlich werden sie von Migrationsberaterinnen und -beratern in ihrer Muttersprache über Hilfs- und Integrationsangebote informiert.

Aufgrund des hohen Bedarfes wurde das Projekt 2015 um den Baustein „Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen“ erweitert. Unter der Verantwortung und Obhut des Gesundheitsamtes werden dort Frauen insbesondere aus Rumänien und Bulgarien, die in der Sexarbeit tätig sind, beraten und medizinisch untersucht. Zusätzlich werden ihnen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes außerhalb der Sexarbeit aufgezeigt und konkrete Alternativen, insbesondere im Rahmen der vorhandenen Kompetenzfeststellungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote im Projekt angeboten.

In beinahe zwei Jahren Projektlaufzeit wurden an die 3500 Beratungen durchgeführt. Es haben 585 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Maßnahme durchlaufen, 137 Menschen konnten in Arbeit gebracht werden (Stand: 23.11.2015), davon etwa gleich viele Männer wie Frauen.

Das Projekt ist bei der Zielgruppe sehr gut angekommen. Trotz prekärer Lebensverhältnisse nehmen viele Menschen das Angebot der Maßnahmen gerne an. Die Qualität der Beratungen und die hohe Vermittlungsquote bilden die Basis für Vertrauen und Motivation und sind somit für den Erfolg weiterer Integrationsmaßnahmen von grundlegender Bedeutung.

Ein besonderes Highlight im Pilotprojekt war die Schenkung von Cajones an zwei städtische Kindertageseinrichtungen. Unter Cajones versteht man hölzerne Sitz- oder Kistentrommeln. Diese wurden von den Teilnehmenden im Gewerk Holz angefertigt und an die Kindertagesstätten verschenkt.



Kinder der Kita Immendal mit ihren neuen Cajones

## **Kommunales Integrationszentrum der Stadt Essen und NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH/Projekt MiA (MigrantInnen in Arbeit)**

**STADT  
ESSEN**

### **Ausgangslage:**

- Anhaltende Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien:  
Zum 30.06.2015 betrug die Zahl der in Essen gemeldeten Rumänen 3.472 (+ 100,3 Prozent gegenüber Juni 2013), der gemeldeten Bulgaren 1.733 (+ 42,1 Prozent), insgesamt 5.205 Personen.
- Zugewanderte leben relativ gleichmäßig verteilt in der ganzen nördlichen Stadthälfte, wenn auch mit einzelnen Schwerpunktstadtteilen (Altendorf/ Frohnhausen, Altenessen): Gleichmäßigere Verteilung im Stadtgebiet reduziert potenzielle Problemlagen im Stadtteil, erschwert aber den Zugang zur Zielgruppe.
- Von insgesamt 330 Ratsuchenden im Jahr 2014 hatten 85 Prozent geringe bis keine Deutschkenntnisse, verfügten 70 Prozent über keine berufliche Ausbildung, hatten 21 Prozent keine Schule besucht, waren 37 Prozent nicht krankenversichert.

### **Kernbestandteile des Projekts:**

- Kontakte/Beratungsangebote auch in der Muttersprache
- Alle Angebote sind freiwillig / kostenlos / vertraulich

### **Bausteine des Projekts:**

- Netzwerkarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Beratung
- Kompetenzfeststellung und Arbeitsvermittlung
- Niedrigschwellige Sprachkurse

### **Zugänge zur Zielgruppe:**

- Beratungsangebote an zielgruppennahen Standorten



- Aufsuchende Arbeit:
  - Hausbesuche
  - Treffpunkte der Zielgruppe, Markt- und Spielplätze, Stadtteilfeste
  - „Spieletonne“, um über die Kinder Zugang zu den Eltern zu bekommen
- Niedrigschwellige Angebote und Info-Veranstaltungen:
  - Neu-Zugewanderten-Info-Veranstaltungen
  - Einführung in Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt in Deutschland
  - Einführung in SGB-Rechtsgrundlagen
  - Info-Veranstaltungen zu „Gut leben mit wenig Geld“, Energie-Spar-Beratung, Gesundheitsbildung

### Probleme im Projekt:

- Hohe räumliche Fluktuation (ca. 30 Prozent Brief-Rückläufe bei Einladungen an Zugewanderte des letzten Vierteljahres) erschwert Zugang zur Zielgruppe und kontinuierliche Beratungsarbeit.
- Tendenziell eher niedriges Qualifikations- und deutsches Sprach-Niveau bei den Ratsuchenden erschwert Vermittlungschancen.
- Häufig mangelndes Verständnis für deutsche Arbeitsmarkt-Anforderungen macht die Notwendigkeit von Sprachkursen und Kompetenzfeststellungsverfahren immer noch erklärungsbedürftig.
- Probleme an einigen wenigen Wohn-Standorten der Zielgruppe binden überproportional große Personalkapazitäten.

### Erfolge im Projekt:

- Vertrauenszuwachs der Zielgruppe in das Projekt spiegelt sich in stetigem Anstieg der Beratungsfälle – gerade auch im letzten Halbjahr – wider.
- Die meisten der 16 niedrigschwelligen Sprachkurse wurden von der überwiegenden Zahl der durchschnittlich 10 TeilnehmerInnen relativ kontinuierlich besucht.
- Deutlicher Anstieg der Arbeitsvermittlungen seit Einsatz einer Arbeitsmarkt-Integrationslotsin, davon ein Großteil in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

## **Kurzbeschreibung des Gelsenkirchener ESF-Pilotprojektes zur Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern aus EU-Südost**



Das Land Nordrhein Westfalen hat für die Jahre 2014 und 2015 in sieben Modellstädten in NRW, so auch in Gelsenkirchen, das Pilotprojekt zur Arbeitsmarktintegration von Zuwandern aus Bulgarien und Rumänien gefördert und inhaltlich begleitet.

### **Ausgangslage**

Von den erwachsenen Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien in Gelsenkirchen haben die wenigsten eine Berufsausbildung. Das Leben der überwiegenden Mehrzahl der Zugewanderten ist durch extreme Armut gekennzeichnet.

Nach Einschätzung der Akteure aus den Bildungs- und Hilfeinrichtungen und nach Erhebungen des IAG – das Jobcenter Gelsenkirchen liegt der Anteil der Menschen, die niedrig bis sehr niedrig qualifiziert sind, bei rund 90 Prozent.

Die Erfahrungen seit Beginn des Jahres 2014 zeigen, dass der Zuzug unvermindert anhält und auch die Fluktuation weiterhin Bestand hat und voraussichtlich haben wird.

### **Gelsenkirchener Handlungskonzept**

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Gelsenkirchen bereits in 2013 ein ressortübergreifendes Handlungskonzept erarbeitet, mit dessen Umsetzung sie sich gemeinsam mit der Stadtgesellschaft der Integrationsaufgabe widmet. Dabei verfolgt die Stadt zwei tragende Leitziele:

- Die Wahrung des sozialen Friedens durch Erhöhung der Normbindung und
- die möglichst schnelle Eingliederung der Zielgruppe in die Stadtgesellschaft.



Mit zielgruppenspezifischen arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Maßnahmen wurde und wird die Armutsbekämpfung verstärkt in den Blick genommen. Von Anfang an wurden den Zugewanderten Informationen über die Aufnahmegesellschaft und professionelle sozialarbeiterische Ansprache und Begleitung zur Verfügung gestellt. Dazu ist ebenfalls die Herstellung einer engen Vernetzung der professionellen wie ehrenamtlichen Hilfsstrukturen in der Stadt erfolgt.

### **Das Pilotprojekt zur Integration in den Arbeitsmarkt war und ist weiterhin ein Kernbestandteil des Gelsenkirchener Handlungskonzeptes Zuwanderung EU-Südost**

#### **Pilotprojekt zur Integration in den Arbeitsmarkt**

Das Konzept des Pilotprojektes wurde gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeitet und abgestimmt und konnte in den Jahren 2014 und 2015 erfolgreich umgesetzt werden.

Auf Grundlage der nachfolgenden Erfahrungen wird es in 2016 weiterentwickelt und fortgeführt:

- Die Zuwanderungszahlen nehmen stetig zu, waren es im Januar 2014 noch knapp 3.800 sind im Dezember 2015 bereits über 6.200 Personen mit bulgarischer und rumänischer Staatsbürgerschaft in Gelsenkirchen gemeldet. Es ist davon auszugehen, dass dieser kontinuierliche Zuwachs weiter stattfinden wird. Eine Fortsetzung bzw. Intensivierung der Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration ist daher unabdingbar.
- Angesichts der Bildungsferne und der mangelnden Deutschkenntnisse des weitaus überwiegenden Teils der Zuwanderer ist eine zeitnahe Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt nur in Ausnahmefällen zu erreichen. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die generell schwierige Arbeitsmarktsituation in der Stadt und dem nördlichen Ruhrgebiet.
- Der Personenkreis außerhalb des SGB II-Bezugs ist mit den klassischen Angeboten der Arbeitsmarktintegration bzw. der Sprach- und Integrationskurse

nur schwer zu erreichen. In den vergangenen beiden Jahren stand daher auch in vielen Fällen die Kontaktaufnahme, die Sozialberatung, das Vermitteln in die Regelangebote, Sprachförderung und die Kompetenzfeststellung im Vordergrund. Im Rahmen der Fortschreibung sind für diese Zielgruppe passgenaue Angebotsformen konzipiert worden.

- Die Inhalte der Weiterführung konzentrieren sich nunmehr erhöht auf den arbeitsmarktintegrierenden Schwerpunkt. Die eher kontaktaufbauenden und vorbereitenden Projektbausteine sind reduziert worden.
- Die zentrale Erkenntnis war, dass das Thema Sprachförderung/Sprachunterricht verstärkt in den Fokus genommen werden muss und die Formen der Sprachvermittlung angepasst an die Bedarfe der Zielgruppe vorzunehmen sind. Daher sind in allen zukünftigen Teilbausteinen praktische Erprobung und Sprachförderung miteinander verzahnt.
- Die Kooperation der verschiedensten Träger untereinander hat sich sehr bewährt.

Angesichts der großen Integrationsaufgabe der Stadt hat dieses Pilotprojekt maßgeblich zum Gelingen des gesamtstädtischen Handlungskonzeptes, zum Aufbau von Integrationsstrukturen für diese Zielgruppe und zur Förderung und Beratung der Neuzugewanderten beigetragen.

Daher ist es auch sehr begrüßen, dass das MAIS den Kommunen die Möglichkeit eröffnet hat, die erfolgreichen Teilprojekte auch zukünftig finanziell und inhaltlich zu fördern.



## ABRA – Arbeit – Bulgarien – Rumänien – Ausbildung



### Projekt zur Förderung der beruflichen Integration von Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien

Das Projekt „ABRA“ zur Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien wird durch das Kommunale Jobcenter Hamm umgesetzt und hat zum 1. Januar 2014 seine Arbeit aufgenommen.

#### Die Projektziele:

- Zuwanderern soll eine eigenständige Existenz, unabhängig von staatlichen Transferleistungen (z. B. SGB II) ermöglicht werden.
- Durch die Umsetzung präventiver Ansätze zur gesellschaftlichen und arbeitsmarktlichen Integration soll ein staatlicher Leistungsbezug vermieden werden.
- Zuwanderer, die bereits staatliche Transferleistungen erhalten, sollen durch gezielte Vermittlung in Ausbildung bzw. sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus dem System herausgelöst und ihnen so wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht werden.

Zentrales Element des Projekts ist die Beratungsstelle ABRA in der Wilhelmstraße im Hammer Westen als dem Sozialraum mit dem höchsten Bevölkerungsanteil von Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Die Zuwanderer finden dort – unabhängig von etwaigen Rechtskreiszugehörigkeiten – Beratung und Unterstützung durch die Mitarbeitenden vor Ort.

In der Beratungsstelle arbeiten vier Integrationscoaches, die die Zuwanderer bei ihrer beruflichen und sozialen Integration unterstützen. Sie leisten Hilfestellung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, z. B. bei Wohnungsangelegenheiten, Umgang mit Behördenschreiben, Verschuldung. Die Integrationscoaches suchen den Kontakt in den Stadtteilen, machen Hausbesuche und begleiten die Menschen zu Terminen bei Ämtern, Fachdiensten oder Ärzten. Fehlende Sprachkenntnisse sind eines der größten Hindernisse bei der

erfolgreichen Integration. So wurden eigene Sprachkurse für die Zuwanderer eingerichtet. Die Integrationscoaches vermitteln in diese Kurse und begleiten die Zuwanderer auf dem Weg dorthin.

Kernaufgabe ist jedoch die Vermittlung der erwerbsfähigen Zuwanderer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Ausbildung.

Die Integrationscoaches akquirieren geeignete Stellen für die Zuwanderer. So verfügen diese in der Regel zwar über langjährige Berufserfahrungen in den unterschiedlichsten Branchen, allerdings fehlen häufig die formalen Qualifikationen. Hier wird ein speziell für die Zielgruppe entwickeltes Kompetenzfeststellungsverfahren zur Ermittlung der berufspraktischen Fähigkeiten genutzt. Zur Aufgabe der Coaches gehört auch, bei den potenziellen Arbeitsgebern Vorbehalte abzubauen und somit eine Brücke für die Menschen zu bauen, die eine Arbeitsmarktintegration in Hammer Unternehmen ermöglicht.

Da die Zuwanderer mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes in Deutschland zumeist nicht vertraut sind, bereiten die ABRA-Mitarbeiter die Menschen daher gezielt auf den Bewerbungsprozess und den Arbeitsalltag vor, z. B. durch das Erstellen von Bewerbungsunterlagen, die Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche, ggf. Begleitung zu den Unternehmen, Informationen über den Arbeitsalltag, Unterstützung bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen.

Nach erfolgter Vermittlung in Arbeit stehen die Integrationscoaches sowohl den Zuwanderern als auch den Unternehmen als Ansprechpartner weiterhin zur Verfügung. Diese Nachbetreuungsphase ermöglicht es, bei auftretenden Problemen schnell zu intervenieren und Abbrüche zu verhindern.

Durch die Arbeitsaufnahme gelingt es den Menschen, sich und ihren Familien langfristig ein eigenständiges Leben in Hamm aufzubauen.

**Kontakt:** Kommunales Jobcenter Hamm AöR • Inka Schroer (Projektleitung)  
Bismarckstr. 1 • 59065 Hamm • Telefon: 02381/17-65 17 • E-Mail: [schroer@stadt.hamm.de](mailto:schroer@stadt.hamm.de)



## Willkommen in Köln! – Kölner Pilotprojekt zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus Südosteuropa

**Stadt Köln**

### Situationsbeschreibung

Am 01. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen worden. Bereits zu diesem Zeitpunkt war bekannt, dass die Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse vieler Menschen in diesen Ländern äußerst prekär sind. Diese Situation hat sich bis heute nochmals verschärft. Viele rumänische und bulgarische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger versuchen, ihre schlechte ökonomische und soziale Situation durch Erwerbstätigkeiten in anderen europäischen Ländern zu verbessern. Deutschland stellt daher ein attraktives Zuwanderungsziel dar. Menschen mit einer guten schulischen Bildung und einer guten beruflichen Qualifizierung finden sich auf dem Arbeitsmarkt gut zurecht und können sich eigenständig in die neue Lebenssituation einfügen. Die aktuelle Zuwanderungssituation weist aber auch eine große Anzahl von Menschen auf, die in ihren Herkunftsländern bereits großer Not ausgesetzt waren, ohne Zugang zu Bildung, adäquat bezahlter Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und menschenwürdigen Wohnbedingungen. Um den daraus resultierenden Herausforderungen und Anforderungen begegnen zu können, hat die Stadt Köln zum 01.01.2014 das Projekt „Willkommen in Köln“ gestartet, das bis 31.12.2015 befristet ist.

### Inhalte des Projektes

Das Kölner Pilotprojekt ist als interdisziplinäres Netzwerkprojekt konzipiert, das unterschiedliche Akteure, Institutionen, Träger und bereits bestehende Kooperationsstrukturen einbezieht und bündelt. Im Zentrum aller Aktivitäten steht die nachhaltige Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Südosteuropa in den Arbeitsmarkt und das soziale Umfeld.

## Zielgruppe

- Bereits Zugewanderte und zuwandernde Menschen aus Südosteuropa, deren Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufgrund fehlender oder mangelnder Bildungs- und Berufsabschlüsse der professionellen Unterstützung und Begleitungsbedarf.
- Bereits Zugewanderte und zuwandernde Menschen aus Südosteuropa, die auf Grundlage ihrer Bildungs- und Berufsabschlüsse potenziell gut in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden können, die aber aufgrund fehlender Sprachkompetenzen Unterstützung und passgenaue Sprachbildungsangebote benötigen.

## Sozialraumbezug

Die Zuwanderungsbewegung von Menschen aus Südosteuropa konzentriert sich in Köln besonders auf die Stadtteile Ehrenfeld, Kalk und Mülheim. Aufgrund dieser spezifischen Situation im Kölner Stadtgebiet werden die Unterstützungs- und Beratungsangebote im Wesentlichen auf diese drei Stadtteile ausgerichtet.

## Kooperationspartner und Angebote der Beratungsstellen

Zur Umsetzung der Maßnahmen und Angebote arbeitet die Stadt Köln mit drei Kooperationspartnern eng zusammen, die in unterschiedlichen Stadtteilen folgende Angebote machen:

- Ehrenfelder Verein für Arbeit (eva) e.V. in Zusammenarbeit mit Veedelsmanagement Ehrenfeld e.V.:
  - Wöchentliche Beratungsangebote:
    - Persönliche Erstberatung, Kompetenzfeststellung
    - Vermittlung von arbeitsqualifikationsorientierten Angeboten
    - Begleitung und Beobachtung des Integrationsprozesses
    - Beratung durch Streetworker im Büro der Begegnungsstätte



- 
- Aufsuchende Beratung (Streetworker)
  - Möglichkeit der Begegnung, Qualifikation und Bildungsarbeit
  - Vernetzung mit Beratungsstellen im Veedel
  - Sensibilisierung und Information der Öffentlichkeit für die Belange der Neu-Eingewanderten
  - Durchführung von Informationsveranstaltungen
- Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. in Zusammenarbeit mit der Christlichen Sozialhilfe Köln e.V.:
- Wöchentliche Beratungsangebote :
    - Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktberatung
    - Vermittlung in Qualifizierungsangebote und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
    - Arbeitsmarktaktivierende Beratungsleistungen
    - Sozialberatung
    - Gesundheitsbildung und Prävention
  - Aufsuchende Beratung (Stadtteilmütter)
  - Durchführung von Informationsveranstaltungen
- Caritasverband für die Stadt Köln e.V.:
- Durchführung regelmäßiger Informationsveranstaltungen
    - 2 x wöchentlich Formularhilfe
    - Beratungsangebot auf Bulgarisch und Rumänisch
    - Begegnungsmaßnahmen
    - Gewinnung ehrenamtlicher Personen für die Kulturvermittlung
    - Sensibilisierung der Gesellschaft für die Situation neuer EU-Bürger
    - Aufsuchende Beratung (Stadtteilmütter)

In allen drei Stadtteilen werden durch die Volkshochschule (VHS) der Stadt Köln Sprachkurse mit Erwerbsweltbezug angeboten.

Stadt Köln

Dienststelle Diversity

EU-Projekt „Willkommen in Köln“

Kleine Sandkaul 5, 50667 Köln

ESF\_Willkommen\_in\_Koeln@stadt-koeln.de

Ansprechpartnerinnen:

Birgit Büttgen, Telefon 0221 / 221-291 63

Doris Kayser, Telefon 0221 / 221-2 33 45

Carina Kluge, Telefon 0221 / 221-293 61



## **Acasa Dom – Ein Arbeitsmarktintegrationsprojekt für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien**



**STADT WUPPERTAL**

Laufzeit: 01.01.2014 – 31.12.2015

### **Projektteam**

- **Leitung**  
Herr Kamrowski
- **Koordination**  
Frau Berg
- **Aufsuchende Sozialarbeit**  
Frau Voss – rumänisch
- **Herr Jasarovski**  
bulgarisch und romanés
- **Berufliche Förderplanung**  
Frau Schauerte

### **Lenkungsgruppe**

- Stadt Wuppertal
- Projektteam
- Jobcenter Wuppertal
- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wuppertal
- Caritas Wuppertal/Solingen
- Diakonie Wuppertal
- Bergische Volkshochschule (BVHS),
- GESA gGmbH  
→ Praxisteam

## **Wesentliche Bausteine**

- Anlauf-/Beratungsstelle im Quartier Oberbarmen
- Aufsuchende Sozialarbeit
- Informationsveranstaltungen
- Integrationslotsen(AWO)
- Berufliches Profiling
- Niederschwellige Sprachkurse (BVHS)
- Qualifizierungen (Gesa gGmbH)
- Austausch mit Rumänien und Bulgarien

## **Anlauf-/Beratungsstelle im Quartier**

- Öffnungszeiten 33 Stunden/Woche
- Erstkontakte über Honorarkräfte (2 bulgarisch), (2 rumänisch)
- Tägliche Beratungszeiten der aufsuchenden Sozialarbeiter/innen
- Durchführung von Veranstaltungen mit der Zielgruppe

## **Aufsuchende Sozialarbeit**

- Beratungsangebot fußläufig, verkehrsgünstig, leicht erkennbar im Quartier
- Hausbesuche
- Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, Jugendamt, Schulen usw.
- Kooperationen Ordnungsamt
- Kooperationen EMA
- Einsatz von Integrationslotsen für die Begleitung zu Behörden, Schulen, Ärzten u.s.w.



### **Maßnahmen 2014 – 2015 ...**

(Stand: 31.10.2015)

- 12 Informationsveranstaltungen
- 6 niederschwellige Sprachkurse
- 1 Bewerbungstraining
- 8 ABC des Deutschen Arbeitsmarktes in bulgarischer und rumänischer Sprache
- 32 Einzelcoaching
- 4 Maßnahmen zur Kompetenzfeststellung (Bauwesen, Elektrik, Hauswirtschaft, Schweisserhandwerk)
- 2 Qualifizierungen Gabelstaplerschein mit Sprach-und Kulturmittler

### **... für die Menschen**

(Stand: 31.10.2015)

- 458 Teilnehmer/innen im Projekt
- 141 Personen vermittelt in Integrationskurse
- 130 Personen vermittelt in niederschw. Sprachkurse
- 158 Teilnehmer/innen an Qualifizierungen u.ä.
- 214 Personen vermittelt in Arbeit (48 Minijobs, 87 TZ soz.vers.pfl., 79 VZ)

### **Kontakt:**

Christine Roddewig-Oudnia

Email: [christine.roddewig@stadt.wuppertal](mailto:christine.roddewig@stadt.wuppertal)

## Pressemitteilungen

### Pressemitteilung der Stadt Köln

#### Fachtagung

Montag, 28. September 2015, 9:30 bis 15:45 Uhr

FORUM Volkshochschule  
Cäcilienstraße 29 – 33  
Köln-Innenstadt

#### **Zuwanderung aus Osteuropa – Chancen und Herausforderungen Fachtagung mit Workshops und Diskussion im FORUM Volkshochschule**

In den vergangenen Jahren ist die Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, insbesondere aus Südosteuropa, kontinuierlich angestiegen. Das ist für Städte und Kreise mit hohem Zuwanderungsanteil von Menschen aus diesen Ländern Chance und Herausforderung zugleich.

Eine Chance ist es angesichts des demographischen Wandels und des Fachkräftebedarfs. Eine Herausforderung ist es, die erfolgreiche Integration der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, insbesondere von Menschen mit geringen Bildungsvoraussetzungen und Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Eine nicht weniger große Herausforderung ist es, für Menschen mit beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen Arbeitsverhältnisse zu finden, die ihren Kompetenzen entsprechen und frei von Ausbeutung sind.

Das Land Nordrhein- Westfalen hat im Jahr 2013 für die besonders von Zuwanderung aus Südosteuropa betroffenen Kommunen Fördermittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes NRW bereitgestellt, um diese Zielgruppe an den Arbeitsmarkt heranzuführen.



Eine Förderbewilligung haben die Städte Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Wuppertal und Köln erhalten, die daraufhin in ihrer Funktion als Pilot-Kommunen Projekte für die entsprechende Zielgruppe entwickelt haben.

Seit 1. Januar 2014 läuft das ESF-Projekt „Willkommen in Köln“, welches das Ziel der nachhaltigen Integration von Zuwanderern aus Südosteuropa in den hiesigen Arbeitsmarkt und das soziale Umfeld hat. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, wurden gemeinsam mit den Kooperationspartnern Caritasverband für die Stadt Köln e.V., dem Ehrenfelder Verein für Arbeit (eva) e.V. und der Lernenden Region – Netzwerk Köln e.V. in den Stadtteilen Kalk, Ehrenfeld und Mülheim besondere Unterstützungs- und Beratungsangebote geschaffen.

Ergänzt wird das Projekt durch das „Lotsenprojekt Köln“. Zehn Lotsen, die neben der deutschen Sprache auch südosteuropäische Sprachen beherrschen, sollen Einwanderern in Köln als „Brückenbauer“ bei Behördengängen helfen. Sie unterstützen Beratungseinrichtungen durch die Begleitung der Menschen zu Ämtern, Institutionen, Schulen oder Kitas. Einsatzfelder und Tätigkeiten der Lotsen im Zusammenspiel mit den Beratungseinrichtungen sind zum Beispiel die Begleitung zu Sprechstunden und Elternabenden. Außerdem informieren sie über vorhandene Freizeitangebote und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Auf ihren Einsatz werden die Integrationslotsen durch Schulungen der Arbeiterwohlfahrt gezielt vorbereitet und kontinuierlich begleitet. Zwei Lotsen sind bei den Kooperationspartnern Caritas und KALZ als Arbeitsmarktlotsen angestellt.

Die Laufzeit beider Projekte endet am 31. Dezember 2015.

Die Stadt Köln veranstaltet am kommenden **Montag, 28. September 2015, ab 9:30 Uhr**, in Kooperation mit den Pilot-Kommunen Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Wuppertal, der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) sowie den jeweiligen Trägern vor Ort, eine

Fachtagung. Dort präsentieren die Pilotkommunen ihre Projekterfahrungen und diskutieren die Ergebnisse. Prof. Dr. Frank Überall moderiert die Veranstaltung.

Nach Grußworten von Elfi Scho-Antwerpes, Bürgermeisterin der Stadt Köln, und Guntram Schneider, Minister des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales, sowie Fachvorträgen stehen Workshops und abschließend eine Podiumsdiskussion auf dem Programm.

Zur Berichterstattung laden wir Sie herzlich ein.



## Presseinformation Essen nach der Tagung

### Essener Projekt auf Fachtagung zur Integration von Bulgaren und Rumänen in Köln vorgestellt

30.09.2015

„Chancen und Herausforderungen südosteuropäischer Zuwanderung“ – unter diesem Motto stand am Montag (28.9.) eine Fachtagung in Köln. Die Städte Essen, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Hamm, Wuppertal und Köln haben hier ihre Erfahrungen mit Integrationsprojekten für Neuzuwanderer aus Bulgarien und Rumänien gemeinsam ausgewertet und Ziele für die weitere Arbeit formuliert. In Nordrhein-Westfalen leben mittlerweile rund 125.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Sie bilden hiermit nach Türken, Polen und Italienern die viertgrößte Einwanderergruppe.

Das Kommunale Integrationszentrum Essen und dessen Projektpartner, die NEUE ARBEIT der Diakonie Essen, präsentierten ihre Erfahrungen im Workshop „Aufsuchende Hilfe/ Kontaktaufbau“ gemeinsam mit Vertretern aus Duisburg und Dortmund. „Wichtig ist es vor allem, zunächst einmal das Vertrauen der Zugewanderten zu gewinnen. In ihren Heimatländern haben sie allzu oft diskriminierende Erfahrungen mit staatlichen Stellen machen müssen“, meinte Kirsten Agricola von der NEUEN ARBEIT. Inzwischen habe es sich aber unter den rund 1.700 Bulgaren und 3.500 Rumänen in Essen herumgesprochen, dass die Beratungsstellen im Haus der Kirche in der Innenstadt sowie in Altendorf und Altenessen lohnende Anlaufstellen seien, um sich in Essens Behördenwelt und auf dem deutschen Arbeitsmarkt besser zurechtfinden zu können.

„Die Unsicherheit und Panik von vor drei Jahren über die Folgen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen ist längst überwunden“, betonte Anton Rütten, Abteilungsleiter Integration im Ministerium für Arbeit,

Integration und Soziales. Dennoch werde es immer wieder Probleme – vor allem bei der Integration niedrig Qualifizierter in den Arbeitsmarkt – geben. „Umso wichtiger sind uns Ihre Erfahrungen aus mittlerweile fast zwei Jahren Projektarbeit“, so Rütten.

### **Herausgeber**

Presse- und Kommunikationsamt  
Rathaus, Porscheplatz  
45121 Essen  
Telefon: 0201 / 88 - 0  
E-Mail: [info@essen.de](mailto:info@essen.de)

### **Service**

Alle aktuellen Meldungen finden Sie auf [www.essen.de/presseservice](http://www.essen.de/presseservice)  
Kontakt  
Stadt Essen  
Presse- und Kommunikationsamt  
Rathaus, Porscheplatz  
45127 Essen  
E-Mail: [info@essen.de](mailto:info@essen.de)

### **Kontakt**

Stadt Essen  
Oberbürgermeister  
Presse- und Kommunikationsamt  
Rathaus  
Porscheplatz  
45121 Essen  
Deutschland



## Ansprechpartnerinnen

Diversity

ESF Projekte „Willkommen in Köln“ und „Lotsenprojekt Köln“

Kleine Sandkaul 5

50667 Köln

Doris Kayser

0221 / 221 - 2 33 45

Marion Thevis

0221 / 221 - 2 95 41



Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



EUROPÄISCHE UNION

Europäischer Sozialfonds

Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Stadt Köln

## Die Oberbürgermeisterin

Dienststelle Diversity  
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Gestaltung  
Zentrale Dienste der Stadt Köln

Druck  
Druckhaus Süd, Köln

Fotos  
Sebastian Kayser

13-CS/5001/500/02.2016



